Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 175.— Mark, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familienanchrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 70.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 15.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4 gespalten oder deren Raum im Text 500.— Mark.

Schlesische

Bezugspreis: Durch Austräger 1600.— Mk. pro Woche. Durch die Post 6500.— Mk. pro Monat und Gutschrift des Differenzbetrages für Monat Juli. — Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstr. 50 Postscheckkonto: Breslau Nr. 310 50. — Fernspr.: Breslau, Ring 8837

Einzelnummer 300 Mk.

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 149. | Freitag, den 29. Juni 1923. | 5. Jahrgang.

Sowjetrußland, der Hort des Weltfriedens!

Trotzki zur internationalen Lage

Auf einer der zahlreichen Versammlungen aus Anlaß der Luftflottenwoche, sprach Trotzki über die internationale Lage. Er faßte den Ausgang des russisch-englischen Konflikts zusammen und wies darauf hin, daß seine Urheber das Gegenteil ihrer Absichten erreicht haben. Der Verlust Rußlands beträgt 13 000 englische Pfund als Entschädigung für zwei englische Spione, in der Tat aber hat sich die internationale Lage Rußlands, unter anderem ihr Prestige als der konsequentesten Verfechterin des Friedens gefestigt. Rußland ist auch durch die Tatsache gestärkt worden, daß keine der europäischen Regierungen sich gegen Sowjetmacht anläßlich des englischen Ultimatums erklärt hat, obwohl England zweifelsohne damit rechnete. Rumänien ist zu einem Militärabenteuer weder geneigt noch befähigt und in Polen sind die Geschäftskreise ans Ruder gelangt, die die Frage der Handelsbeziehungen mit Rußland in den Vordergrund rückten. Polen muß entweder mit Rußland und Deutschland Krieg führen oder mit ihnen Handel treiben. Offenbar zieht die polnische Regierung das zweite vor.

Tichon freigelassen!

Tichons Erklärung an den Obersten Gerichtshof hat folgenden Wortlaut: „Ich halte es für meine Gewissenspflicht als Priester, folgende Erklärung abzugeben: Da ich in der monarchistischen Atmosphäre erzogen worden bin und mich unter dem Einfluß der Sowjetgegner befand, war ich tatsächlich der Sowjetmacht **feindlich gesinnt** und ging bis zum **aktiven Widerstand**, um nur den Aufruf anläßlich des Brester Friedens, den Bannfluch gegen die Sowjetmacht 1918 und den Aufruf gegen die Beschlagnahme der Kirchengesetze zu erwähnen.

Indem ich die Richtigkeit der Gerichtsverfügung anerkenne, die mich zur Verantwortung zog, bereue ich meine Handlungen gegen die Staatsordnung und bitte den Obersten Gerichtshof, seine Verfügung zu ändern und mich aus der Haft zu entlassen. **Von jetzt an bin ich kein Feind der Sowjetmacht.** Ich sage mich endgültig und kategorisch von der aus- und inländischen monarchistisch-weißgardistischen Gegenrevolution los."

Am 25. Juni beschloß der Oberste Gerichtshof, dem Gesuch Tichons zu entsprechen und ihn in Freiheit zu setzen.

Eine Loyalitätserklärung Tichons genügte in Sowjetrußland, um ihn freizulassen. Was werden nun die verbohrten Feinde Rußlands über die „religiöse Unduldsamkeit", den „Terror" usw. sagen?

Die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland

Im Laufe der gestrigen Etatsberatung im Senat sprach Senator de Monzie sich für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland aus. Wir haben nicht darüber zu urteilen, so sagt de Monzie, was das Sowjetregime wert ist, wir nehmen als Tatsache hin, daß es besteht. Es handelt sich nicht darum, diplomatische Beziehungen mit Rußland anzuknüpfen, aber das Problem der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland verlangt eine Lösung. Nur Frankreich, Belgien und die Vereinigten Staaten habe diese noch nicht durchgeführt. Nach seiner Ansicht besitze Frankreich nicht die mindeste Information über Rußland. Ein Politiker wie Herriot könne über die Bedingungen Aufklärung geben, unter denen man die Geschäfte mit Rußland wieder aufnehmen könnte.

Frankreich müsse neue Gebiete für seine wirtschaftliche Ausdehnung finden. Schließlich stellte de Monzie die Frage, ob Frankreich an der Ausstellung in Moskau am 15. August teilnehmen wird. Er glaubte, Frankreich müsse überall da sein, wo man arbeite und Handel treibe.

Kapitalistischer Patriotismus

Das Vaterland verlangt Opfer! So schreien die Nationalisten aller Grade. Die Kapitalisten schreien am lautesten. Wie sie das „Opferbringen" verstehen, das haben die Anilinkönige und das haben die Herren von „Phönix" dem braven deutschen Spießbürger schon sehr deutlich demonstriert. Es handelt sich nicht um Einzelerscheinungen. Im allgemeinen kann man vielmehr sagen, daß, abgesehen von wenigen Ausnahmen, jeder rafft, wo er nur kann. Nur einige Beispiele:

Die zum Klöcknerkonzern gehörende Maschinenfabrik Humboldt, Köln-Kalk, verkauft Maschinen an das Ausland, zahlt den französischen Zoll. Sie bleibt bei der Praxis trotz einiger Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeberverband. Die Firma war sogar so patriotisch, sich für die Unterstützung der französischen Aktion aus der Rhein- und Ruhrhilfe extra bezahlt zu machen. Sie verstand es, dieses Börnlein in ihre Kassen sprudeln zu lassen. Sie soll dafür mit 15 Millionen Mark bestraft worden sein.

Die Gasmotorenfabrik Köln-Deutz (auch hier ist Klöckner beteiligt), liefert über die Grenzstation Lipta nach Frankreich Gasmotoren.

Die Rheinische Gummifädenfabrik Köln liefert ihre Fabrikate ebenfalls nach Frankreich.

Die Schiffswerft Sachsenberg-Köln repariert während der Ruhrbesetzung französische Kriegsschiffe.

Eine Reihe von Zechen im besetzten Gebiet, so auch „Graf Bismarck", hat die Produktion wieder aufgenommen, obwohl die Gefahr der Beschlagnahme der Förderung besteht.

Das Städtische Elektrizitätswerk Oberhausen läßt Kabel bei Siemens-Schuckert im unbesetzten Gebiet anfertigen, bezahlt den französischen Einfuhrzoll, unterstützt so Poincaré, obwohl die Kabel im besetzten Gebiet reichlich angefertigt werden könnten.

In unverschämter Weise wird die Rhein- und Ruhrhilfe, wozu die Gewerkschaftsmitglieder sogar Zwangsbeiträge zusteuern sollen, von Unternehmer für Extrageschäfte mißbraucht. So läßt z. B. die Weberei Delius in Aachen jetzt Arbeiten als unproduktiv für das Konto Rhein- und Ruhrhilfe buchen, für die früher der volle Lohn bezahlt werden mußte.

Die Schiebereien scheinen sogar von den Sozialdemokraten begünstigt zu werden. So weigert sich z. B. der Betriebsrat (meistens SPD.-Leute) der Chemischen Fabrik Rhenania in Stolberg über die Rhein- und Ruhrhilf Auskunft zu geben.

Das Treiben der „Patrioten" hat natürlich in den Kreisen der Patrioten, die das Nachsehen haben, großes Aergernis erregt. In einer Zuschrift aus dem besetzten Gebiet heißt es z. B. mit Bezug auf das Verhalten vieler Unternehmer im unbesetzten Gebiet, die mit den „Feinden" in geschäftliche Verbindung getreten sind, u. a.:

„Fühlt man im unbesetzten Gebiet nicht, daß gerade die moralische Unterstützung notwendig ist, um die Front im besetzten Gebiet aufrecht zu erhalten und den bitteren Kampf zu einem guten Ende zu führen? Muß es nicht die Firmen des besetzten Gebiets auf das höchste erbittern, wenn sie beobachten müssen, daß die Firmen des unbesetzten Gebiets — in Belgien und Frankreich Konkurrenz treiben, sich Aufträge sichern, die sonst den Firmen des besetzten Gebiets zugefallen wären, und sogar auf Jahre hinaus Lieferverträge abschließen?"

Die Apostel des passiven Widerstandes sind sehr aktiv in der Wahrnehmung ihrer politischen Geschäfte auf Kosten des Widerstandes. Das aktive Geschäft mit dem „Feind" wird sogar so forciert, daß Aufträge aus dem besetzten Gebiet, also Aufträge von Volksgenossen nicht erledigt werden. Die Mißstimmung darüber ist bereits sehr groß. Viele Industrielle im besetzten Gebiet sahen sich schon in die Zwangslage versetzt, ganz neue Geschäftsverbindungen zu suchen, weil die patriotischen Volksgenossen sie im Stich ließen.

Die Liquidierung des Ruhrabenteuers wird sicher einer großen Zahl selbständiger Existenzen vollends den Garaus machen. Auch ein Fazit der nationalen Einheitsfront.

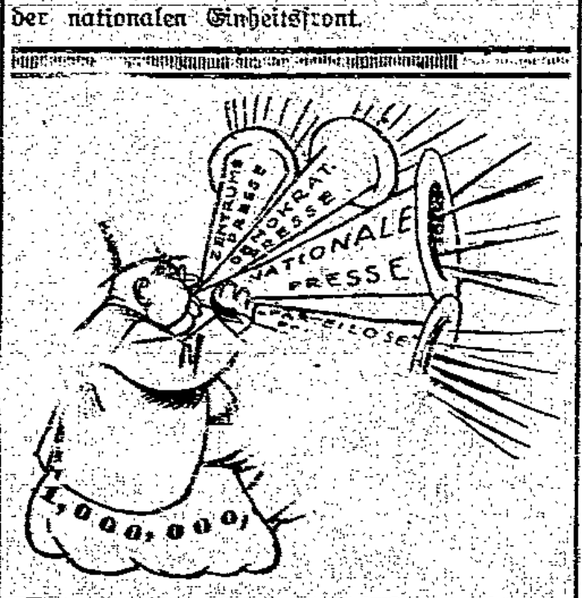
Wieder ein Redakteur der Roten Fahne verhaftet

Der Justizfeldzug gegen das Zentralorgan unserer Partei geht unermüdlich weiter. Am Mittwoch wurde auch der Genosse Steinicke verhaftet wegen eines Prozesses, der heute zur Verhandlung steht. Dabei ist festzustellen, daß der Genosse Steinicke bisher zu allen Vernehmungen, zu denen er geladen war, erschienen ist. An den Vorgängen, die der Prozeßangelegenheit zugrunde liegen, war er nachweislich gar nicht beteiligt. Es liegt also hier ebenfalls weder Verdunkelungsgefahr oder Fluchtverdacht vor.

Die Verfolgung der „Roten Fahne" durch die Klassenjustiz ist ein so unerhörter Skandal und eine so freche Verhöhnung der durch die Verfassung gewährleisteten Pressefreiheit, wie wir sie in der Geschichte der Verfolgung der oppositionellen Pressen noch nie in Deutschland zu verzeichnen hatten. **Es ist die Methode der Bekämpfung der Presse, wie wir sie einzig und allein aus den Praktiken Mussolinis, des italienischen Faszistenführers kennengelernt haben.**

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutsche Klassenjustiz im Kampfe gegen „Die Rote Fahne" das italienische Beispiel nachzuahmen sucht.

Deutschland ist aber nicht Italien und die deutsche Arbeiterklasse wird den Herrschaften, die glauben, mit faszistischen Rezepten regieren zu können, die gebührende Antwort geben.



Furchtbare Zahlen

Die politischen Tageszeitungen in Deutschland

Es erscheinen an Tageszeitungen:		
Deutschnationale u. Deutschvölkische	402	Zeitungen
Deutsche Volkspartei	285	„
Zentrum	319	„
Demokraten	272	„
„Parteilos"	1882	„
Bürgerliche Presse insgesamt	3162	Zeitungen
VSPD.	190	„
Also Zeitungen des kapitalistischen Burgfriedens, der Ausplünderung der Arbeiterklasse!		3352
Kommunistische Zeitungen, d. h. Zeitungen des proletarischen Klassenkampfes, Zeitungen zur Befreiung der Arbeiterklasse!		32

Genosse, soll das so bleiben?!

Auf zum gemeinsamen Kampf gegen Hunger und Faszismus!

In einer sehr stark besuchten Versammlung, die der **Kontrollausschuß Jena** einberief, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die durch den Marksturz ins unermeßliche gewachsene, noch lange nicht beendete Preissteigerung für die allernotwendigsten Lebensmittel und Bedarfsgüter muß die ohnehin schon schwer bedrängte Lage weiter Schichten der schaffenden Bevölkerung zur Katastrophe gestalten.

Rentenlose, Sozialrentner, Kriegs- und Kleinrentner und Erwerbslose werden entweder zum Verbrechen oder in den Hungertod getrieben. Millionen erwerbstätiger Arbeiter, Angestellte und Beamte, Kleingewerbetreibende, Kleinhändler, Aerzte und andere Freiberufliche haben nicht so viel, daß sie eine nackte Kulieexistenz fristen können.

Die kapitalistischen Aasgeier machen aber mit erhöhtem Mahe weiter wie bisher ihre märchenhaften Börsen-, Schieber-, Wucher- und Produktionsgewinne. Sie sind die Nutznießer jeder Situation. Die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verschärfen sich von Tag zu Tag. Die schwerreiche Kapitalistenklique rüstet zum Bürgerkrieg. Bewaffnete Faszistenhorden bedrohen Leben und Eigentum aller Werktätigen. Aber das deutsche Großkapital will nicht nur wirtschaftliche und militärische, sondern auch politische Positionen bis zur Alleinherrschaft ausweiten.

Angesichts dieser Lage ist es Aufgabe aller Kreise der werktätigen Bevölkerung, mit allen Mitteln und mit Energie den Bedrohungen entgegenzuwirken. Einheitlicher geschlossener Kampf ist das Gebot der Stunde.

Die Versammelten sind der Auffassung, daß zur Beseitigung des Wucher- und Schiebertums der Ausbau des bestehenden Kontrollausschusses notwendig ist.

Zur Abwehr gegen den Faszismus fordern die Versammelten: die Bildung **gemeinsamer proletarischer Hundertschaften.**

Zum Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Versklavung halten die Versammelten notwendig:

1. Die Einberufung eines Betriebsrätekongresses.
2. Die Beseitigung der reaktionären Regierung Cuno,
3. Die Bildung einer Arbeiterregierung in Thüringen und im Reich.
4. Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Sowjetrußland.

Die Versammlung erblickt in dem Vorgehen des Kontrollausschusses einen Teil der notwendigen Kampfmaßnahmen des gesamten Proletariats, um sich vor dem Untergang zu retten.

Sie erwartet von dem Stadtrat und der Thüringer Regierung Anerkennung ihres Kontrollausschusses.

Den Jenaer Händlern gegenüber betont die Versammlung, daß sie bereit ist, mit dem anständigen Teil der Händler und Kaufleute gemeinsam gegen den wucherischen Großhandel und Industrielle zu kämpfen. Dem Teil der Händlerschaft aber, der da glaubt, die arbeitende Bevölkerung als Objekt zur Bewucherung benutzen zu müssen, sagt die Versammlung schärfsten Kampf an.

Von dem ADGB. und den proletarischen Arbeiterparteien erwartet die Versammlung die Aufnahme des gemeinsamen Kampfes gegen das Angebot der deutschen Industriellen, für die Sachwerterfassung.

Die bankerotte Lohnpolitik der Gewerkschaften

Zu einer Bezirkskonferenz waren die Gewerkschaftsinstanzen des 11. Bezirks des ADGB. in Hamburg am Sonnabend und Sonntag zusammengetreten, um zur „Lohnpolitik der Gewerkschaften" Stellung zu nehmen. Schon auf einer Konferenz der Hamburger Gewerkschaftsführer vor 14 Tagen und in der darauf folgenden Betriebsräte-Vollversammlung zeigte sich, daß die Gewerkschaftsführer unfähig sind, aus ihrer bankrotten Lohnpolitik die richtigen Folgerungen zu ziehen. Die letzte Bezirkskonferenz bot das gleiche Beispiel.

Bauer, der Vorsitzende der Bezirksbetriebsrätezentrale und Ehrenteit, der Vorsitzende des Ortsausschusses Hamburg des ADGB., referierten. Bauer sprach — gegen eine Erhöhung des Lohnes bis zum Friedensstand, gegen eine Zusammenfassung der Lohnkämpfe, gegen die Industrieverbände und für die Beseitigung des Mitbestimmungsrechts der Mitglieder. Ehrenteit plädierte für den kapitalistischen Wiederaufbau, gegen Arbeiterregierung, gegen Einheitsfront. Gleich Bauer forderte er, daß die Gewerkschaften den Parteien ihr politisches Programm aufzwingen sollten. Eine Schimpfkanonade gegen die Kommunisten bildete die würdige Begleitmusik.

Ohne Protest der Konferenz konnte der Redner erklären, daß der **Klassenkampf zur Verdummung der Massen führe.**

Die Annahme einer Resolution, in der keine einzige konkrete Forderung erhoben oder Richtlinien für die kommenden Kämpfe gegeben wird, schloß diese Bankrotterklärung.

Die Arbeiter dürfen nicht dulden, daß die nach eigenem Eingeständnis der Gewerkschaftsinstanzen bankrotte „altbewährte Taktik" des Verhandelns und der Ablehnung jedes Kampfes weitergeführt wird. Sie müssen die Durchführung einer Klassenkampfpolitik in den Gewerkschaften erzwingen.

Was geht im Bergarbeiterverband vor?

Man schreibt uns aus Oberschlesien:

Soeben geht uns ein Rundschreiben zu, welches die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes an die einzelnen Zahlstellen erläßt. Das Rundschreiben enthält u. a. die Fragen:

Welche Mitglieder haben sich am Streik beteiligt?

Wieviel Mitglieder waren in den Streikleitungen tätig?

Wieviel Mitglieder erklären sich nicht einverstanden mit der Linie des Bergarbeiterverbandes?

Wieviel Mitglieder haben Streikbrecher von der Arbeit abgehalten?

Wieviel Mitglieder haben die Führer des Bergarbeiterverbandes angegriffen?

Wir fragen: was bezweckt diese Fragestellung?

Will man diejenigen Mitglieder, die sich nicht fügen, unter dem Diktat der oberen Verbandsbürokraten hinauswerfen?

Oder will die Verbandsbürokratie sich Denunziationslisten anlegen?

Wohlan, werft eure Mitglieder hinaus, sie passen nicht zu euch.

Ihr tut gut daran, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um eine Reinigung in euren Reihen vorzunehmen.

Wir fürchten nur, daß die empörten Arbeiter, die noch eure Mitglieder sind, den Spieß umdrehen und euch [illegible] dorthin, wo ihr hingehört [illegible] Menschen als Arbeiterführer angesprochen werden, die ihre vornehmste Aufgabe darin erblicken, daß sie die bei ihnen organisierten Arbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kniffen um ihr bißchen(?) ihre Kampfkraft bringen. Menschen, die als Gewerkschaftsführer ihre Mitglieder düpieren, sind unseres Erachtens Schädlinge am Organisationskörper.

Sie, die Gewerkschaftsführer, schimpfen tagtäglich auf die gewerkschaftlich zerstörende Arbeit der Unionisten und arbeiten selbst allen Ernstes daran, die Schlagkraft ihrer Organisation zu lähmen.

Wenn Mitglieder der freien und arbeitsgemeinschaftlichen Verbände sich in den Streikleitungen befunden haben, dann zeigt das jedem Beobachter, daß die Mitglieder obiger Verbände noch Sinn haben für Klassenkampf, noch Sinn haben für ihre eigene bedrückte Lage und die Lage ihrer Klassengenossen.

Vor allem zeigt uns das Verhalten der Mitkämpfer, daß sie gewillt sind, mit ihren kämpfenden Brüdern Schulter an Schulter zu stehen und mit uns die Einheitsfront zu bilden zum Nutzen des Proletariats.

Wir werden weiter das tun, was ihr nicht wollt:

Dem Proletariat dienen!

Ablehnung des Mißtrauensantrags gegen Zeigner

Der „Schlesischen Zeitung" wird aus Dresden gemeldet:

In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages gab Ministerpräsident Dr. Zeigner zu seiner Rede in Niederplanitz, die zu einem Mißtrauensantrag der Deutschen Volkspartei geführt hatte, eine Erklärung ab, die einen Rückzug gegenüber der Reichsregierung bedeutete, aber doch noch viel im Unklaren ließ. Der Landtag lehnte darauf den Mißtrauensantrag mit 48 Stimmen der Sozialisten und Kommunisten gegen 43 bürgerliche Stimmen ab.

Auf dem Provinziallandtag in Barmen hat Herr Cuno in einer seiner Tourneereden ebenfalls auf die Rede des sächsischen Ministerpräsidenten hingewiesen und angekündigt, „daß diese Sondermeinung beigelegt würde".

Wir werden unsere Leser erst morgen ausführlich von den Vorgängen im sächsischen Landtag unterrichten können. Schon heute aber sei festgestellt, daß die demokratische Reichspresse auf eine gütliche Beilegung des Konfliktes hinarbeitete. Auch Zeigner hat offiziell eine Kommentierung seiner Rede in Planitz gegeben, die einem halben Rückzug gleichkam.

Wir forderten von Zeigner, daß er die Gelegenheit benütze, um durch das in seiner Hand befindliche Archivmaterial die Bürgerlichen zum Schweigen zu bringen. Hat er es nicht getan, so bedeutet sicher das Vertrauensvotum für Zeigner doch eine moralische Niederlage der sozialistischen Regierung Sachsens.

Cuno, der Wanderredner

Herr Cuno, der Kanzler der deutschen Republik, ist unablässig unterwegs. Heute hier, morgen dort. Er redet.

Am letzten Sonntag war Herr Cuno in Königsberg, wo er auf einer landwirtschaftlichen Ausstellung eine Rede hielt, in der er den Abschluß des Ruhrkonflikts ankündigte. Das mannhafte „Nein" der deutschen Regierung gelte nur solange, wie es mit den Interessen der deutschen Wirtschaft zu vereinbaren sei.

Jetzt hat Herr Cuno in Barmen vor den „Männern der Wirtschaft", d. h. vor den Kohlen- und Schlotbaronen Rheinland-Westfalens geredet. Wieder redete er von der Ruhrfrage. Diesmal aber klang es etwas anders als in Königsberg. Konnte er in Königsberg allgemein reden, so war er hier in Barmen an der Stelle, wo es galt, konkret etwas zu sagen. Und Herr Cuno sprach:

„Die Regierung ist bereit, alles zu tun, um die Not der schwer betroffenen Eisen- und Stahlindustrie zu lindern. Hilfe an der Wirtschaft sei Hilfe am Volk."

Damit kündigte also Herr Cuno der Schwerindustrie neue Milliardengeschenke an.

Von der Markstützung

WTB. Berlin, 25. Juni. Der Reichsrat hat gestern eine Verordnung zur Aenderung der Valutaspekulationsverordnung und des Kapitalfluchtgesetzes angenommen. Es handelt sich dabei um das Verbot des Ankaufs von ausländischen Effekten von einem ausländischen Verkäufer, sodann um das Vorgehen gegen den Notenhandel. Ferner wird die Kontrolle über den Devisenverkehr ausgestaltet. Endlich wird verboten, an Ausländer Markkredite zu geben. Neue Strafbestimmungen sollen ein schärferes Vorgehen gegen die Spekulation ermöglichen.

In Barmen erklärte der Reichswirtschaftsminister Becker, daß die Regierung sich nur schweren Herzens zu dieser Stützungsaktion bereit gefunden habe. Von maßgebender fachmännischer Seite sei jedoch auf die Stützungsaktion gedrängt worden. So stellt sich dann wohl gar zum Schluß heraus, daß Stinnes, der durch sein Manöver die Mark in den Abgrund treibt, [illegible] hinter dieser Markstützungsaktion als treibender Keil steckt.

Markstabilisierung — Wucherstabilisierung

Die Cuno-Regierung tut wieder einmal so, als wollte und könnte sie den Marksturz aufhalten. Kein Mensch glaubt es ihr. Am allerwenigsten die Kapitalisten, die frech weiter drauf los wuchern. Die Agrarier, die, wenn es sich darum handelt, in Denkschriften an die Reichsregierung ihre Forderungen aufzustellen, nicht faul sind in der Betonung ihrer Verantwortung um die Ernährung des deutschen Volkes, stehen wie immer obenan.

Ein Pfund Butter kostet jetzt 25 bis 30 000 Mark. Ein Liter Milch soll in Berlin jetzt über 2500 Mark, in Hamburg gar 2800 Mark kosten.

Ein Zentner Weizenmehl kostet schon im Großhandel 700 000 Mark. In den nächsten Tagen wird also für den Arbeiter das Pfund Weizenmehl von 3500 Mark, die es heute noch kostet, auf 7500 Mark mindestens springen.

Kartoffeln kosten immer noch 300 Mark das Pfund, nämlich alte, die es nirgends zu kaufen gibt. Neue, die es überall gibt, nur 3000 Mark das Pfund.

So beantworten die Agrarwucherer die neue Stützungsaktion der Regierung. Die ihnen am ersten Tage schon solche Ergebnisse bringt. Die bevorstehende neue Kohlenerhöhung über 50 Prozent, der alle anderen Waren im gleichen Tempo folgen, muß beantwortet werden mit dem Kampf um den Realfriedenslohn. Kein noch so raffinierter Schwindel der Regierung über neue Markstützungen und kein noch so pompöses sozialdemokratisches Manöver über Inderlöhne darf die Arbeiterschaft davon abhalten.

Kartoffelwucher

Als die Agrarier die Aufhebung der Getreideumlage forderten, verwiesen sie begründend auf die Riesenernte an Kartoffeln hin, die es der armen Bevölkerung gestatte, sich mit diesem Nahrungsstoff billig und ausreichend zu versorgen. Darum könne für Brot etwas mehr gezahlt werden. Jetzt sind die Kartoffeln verschwunden. Die Landbündler ließen zunächst erklären, daß noch große Mengen von Kartoffeln eingemietet seien. Die Händler wollten jedoch die erforderlichen höheren Preise nicht zahlen, darum bliebe der Markt unbeschickt. Zwei Tage später korrigietre man die Erklärung, man hätte sagen wollen, es seien keine großen Mengen mehr vorhanden. Aber der Anspruch auf Wucherpreise wird nicht dementiert. Uebrigens ist die Frage erlaubt: Wo sind dann die Riesenmengen von Kartoffeln geblieben? Die Agrarier fordern jetzt für einen Zentner alte Kartoffeln 40 000 bis 50 000 Mark. Ob man für diese wahnsinnige Forderung auch wohl höhere Löhne verantwortlich machen will? Die Agrarier bringen alles fertig.

Wie der Reallohn sinkt

Die „Bergische Arbeiterstimme", Solingen, macht über das Sinken des Reallohnes folgende Zusammenstellung:

Man konnte kaufen:

	1913	1923	Gestiegen um das
Kohle (20 Zentner)	12,00	360000	30000fache
Roggen (1 Zentner)	8,50	180000	21100 „
Butter (1 Pfund)	1,30	30000	23000 „
Eier (1 Stück)	0,07	1500	21400 „
Metallarbeiter-Arbeitslohn für eine Woche	35,00	350000	10000 „

In den letzten Tagen sind die Preise weiter gestiegen, das Verhältnis hat sich weiter zuungunsten des Lohnes verschoben.

Ein Landtagspräsident für Arbeiterregierung

Auf dem Weltkongreß für Wirtschaftshilfe und Wiederaufbau, am 14. Juni im Deutschen Reichstag, hielt u. a. auch der Präsident des anhaltischen Landtags, der anhaltischen Landtags, der bekannte sozialdemokratische Führer Peus, eine Rede. Darin sagt er u. a. folgendes:

„Wir Deutschen sahen vor dem Kriege hauptsächlich nach dem Westen; aber jetzt begreifen wir, daß wir nach dem Osten schauen müssen. Im Osten liegt unser Glück, nicht nur wirtschaftlich, wie ich hoffe, auch politisch. Denn wenn die Arbeiter die Beherrscher von Rußland bleiben, so ist auch die Herrschaft der Arbeiter über Europa sicher."

Soweit so gut. Niemand kann bestreiten, daß das, was der Sozialdemokrat Peus hier gesagt, durchaus logisch ist. Kein Arbeiter zweifelt daran: hält Rußland seine Position, dann geht es mit der Herrschaft des Kapitals in allen Ländern zu Ende. Ist das richtig, dann ergeben sich daraus doch Konsequenzen. Wir nehmen an: daß Herr Peus sie zu ziehen weiß. Es ist aber notwendig, sie auszusprechen. Ob Rußland sich hält, wie es sich hält, in welchem Tempo die Arbeiterrepublik sich wirtschaftlich durchsetzt, das ist doch zu einem nicht geringen Grade von dem Verhalten der Arbeiter in den übrigen Ländern abhängig. Je mehr und je länger große Teile der Arbeiterschaft sich von der Politik ihrer Kapitalistenklasse schieben lassen, umso mehr wird die Position Rußlands erschwert, umso mehr erschweren die Arbeiter dadurch selbstverständlich ihre eigene Befreiung. Sie arbeiten an ihrem Unglück anstatt an ihrem Glück, wie es Herr Peus möchte. Und da die Gewerkschaftsbürokratie und Führerschaft der SPD. den kapitalistischen Aufbau erzwingen will, erzwingen auf Kosten des Proletariats, so sind diese sogenannten Vertreter der Arbeiter in Wirklichkeit Totengräber der Existenz des Proletariats, anstatt Wegweiser und Führer zu befreienden Zuständen zu sein. Will die Arbeiterschaft, wollen die sozialdemokratischen Arbeiter die Worte ihres Führers Peus beherzigen, dann müssen sie ganz selbstverständlich alle ihre Kräfte einsetzen für ein Ziel, das sie wenigstens der politischen Herrschaft näherbringt. Kampfziele bedingen Kampforgane. Das proletarische Kampforgan ist die Einheitsfront und das nächste Ziel kann nur sein:

Arbeiterregierung mit dem Programm des Reichsbetriebsrätekongresses!

Erhöhte Tätigkeit der Faszisten

Essen, den 26. Juni. Faszistisches Gesindel überfiel in der Sonntagsnacht zwei Arbeiter mit Revolvern, mißhandelte sie und stahl ihnen 100 000 Mark und sämtliche Ausweispapiere.

Rheinau. Faszisten erschossen einen Arbeitslosen, der für Franzosen Kohlen verlud.

Langenberg. Zum zweiten Male Abhaltung von Felddienstübungen der Hakenkreuzler in der Gegend von Elfringhausen. Die Arbeiter haben Vorsorge getroffen, eine Wiederholung zu verhindern.

Hamborn. Hier wurden Mitglieder einer faszistischen Sprengkolonne entdeckt und zwei von ihnen verhaftet. Der geheime Auftrag der zum Teil von französischen Fonds ausgehaltenen Nationalsozialisten scheint zu sein, die Abwehrfront der Ruhrbevölkerung zu untergraben.

Attentate sind erschütternd. Abgesehen von Menschenverlusten hat nämlich der von den Sprengern angerichtete Sachschaden sich eigenartigerweise fast durchweg gegen die deutsche Bevölkerung gerichtet. Die Faszisten wissen, daß die den Besatzungsräubern zur Verfügung stehenden Mittel sie in die Lage versetzen, alle Schäden auf die rheinische Bevölkerung abzuladen.

Bochum. Der berüchtigte Stadtbaurat Diefenbach, Häuptling der Bochumer Faszisten, ist von den Franzosen verhaftet worden. Wenn die französischen Offiziere glauben sollten, daß sie sich damit Liebkind bei den Proleten machen könnten, so irren sie sich gewaltig. Die Proleten werden selbst mit ihren Diefenbächen abrechnen, wenn auch mit den klassenbewußten Poilus zusammen, aber niemals mit den Offizieren der französischen Finanzhyänen. Die Verhaftung hat den Bochumer Magistrat veranlaßt, den Verteidiger der französischen Ausbeutung, General Boutjen, zu bitten, Diefenbach freizulassen, weil er auch Verteidiger der Ausbeutungsordnung ist. Der Magistrat rühmt seine Dienste als Arbeiterschlächter. Er appelliert an das reaktionäre Solidaritätsgefühl des Generals mit folgenden Worten: „Wir weisen besonders darauf hin, da wir annehmen, daß auch Ihnen, Herr General, an der Vorbeugung weiterer Unruhen gelegen sein dürfte."

Hitlers Schützengarde

Ueber die Vorgänge bei der Fahnenweihe der Hakenkreuzler in Passau wird dem „Vorwärts" gemeldet, daß Hitler bei dieser Affäre persönlich anwesend war. Auch seien Straßenpassanten, die ruhig vorübergingen, überfallen und mißhandelt worden. Eine Reihe von Arbeitern seien niedergeschlagen und bewußtlos liegen geblieben oder fortgetragen worden. Ein Trupp Hitlerleute zog durch die Stadt, bedrohte die Passanten mit Revolvern und Gummiknüppeln. Die blaue Polizei bemühte sich selbstverständlich nur matt und ergebnislos. Nachts wurde das Verkehrslokal der freien Gewerkschaften mit einem Schützenfeuer der Hitlerleute bedacht.

Parteiaufbau

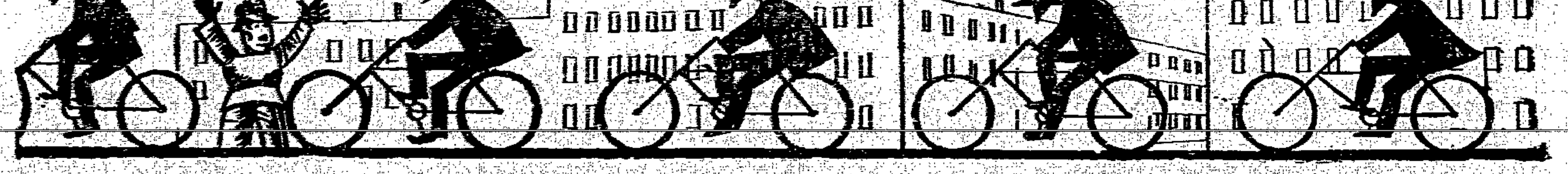
An die Vorsitzenden unserer Ortsgruppen!

Nach Abschluß der Werbewoche muß uns sofort das Resultat gemeldet werden, da wir ungesäumt der Zentrale Bericht erstatten müssen. Es ist anzugeben: Mitgliederzahl am 1. Juni und am 1. Juli, männlich und weiblich, Abonnentenstand am 1. Juni und am 1. Juli, Zunahme ...

Wir sind der Zentrale gegenüber verpflichtet, diejenigen Ortsgruppen namentlich zu melden, welche keine Werbetätigkeit entfalteten, damit sie im „Parteiarbeiter" öffentlich gerügt werden. Wir bitten deshalb alle Ortsgruppen um sofortigen Bericht.

Die Bezirksleitung der KPD.
Bezirk Schlesien.

Der Sowjetgedanke im Vormarsch!



Aus Breslau

Stadtverordnetensitzung

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung ging es schätzungsweise in die 80 Milliarden, die für die verschiedensten Zwecke bewilligt wurden. Im Vordergrunde standen die Lohn- und Gehaltserhöhungen für die städtischen Arbeiter und Angestellten. Die Deutschnationale Volkspartei gab wieder hervorragende Proben ihrer Arbeiter- (d. h. Volks)freundlichkeit. Sie fanden, daß ein Jahreslohn von 12 Millionen zuviel sei für einen 24jährigen Arbeiter. Sie redeten das Wort für Arbeiterentlassungen bei der Straßenbahn, wenngleich sie das Mäntelchen von der Not der Kurzarbeitenden vorhängten. Nach unserem Empfinden ist es besser, wenn die Folge der verkehrenden Straßenbahnen dichter würde. Dann würden auch die zwei Tage im Monat, an denen die Arbeit gestreckt wird, wegfallen. Die Deutschnationalen haben ihre deutsch-völkisch orientierten Straßenbahner gegen ihre eigenen Arbeitskollegen aufgeputscht.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung polemisierten sie gegen die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe, weil von dieser einzigen Sozialabgabe zugunsten der Wohnungslosen die Inhaber der großen Wohnungen, d. h. die Schwerverdiener, am härtesten getroffen würden. Der Stadtverordnete Hanke verlangte, daß die Wohnungsbauabgabe auf 10 000 Prozent der Friedensmiete herabgesetzt werde. Eine Annahme dieses Antrages wäre natürlich das Ende jeglichen Wohnungsbaues. Die Vertreter der Hausagrarier wollen die Wucherfreiheit auf jedem Gebiet erreichen. Nebenbei wurden für Erhaltung der Substanz, der Wiederherstellung der Häuser, die durch Schuld der privaten Besitzer einzustürzen drohen, eine Milliarde oder noch mehr zur Verfügung gestellt. Eine Liebesgabe an den „notleidenden" Hausbesitz.

Die Mehrausgaben für all die bewilligten Milliarden sollen wiederum durch Erhöhung der Gassteuern, durch Erhöhung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise, gedeckt werden. Mit Recht wies der Oberbürgermeister darauf hin, daß bald weiteste Kreise sich nicht mehr den „Luxus" einer warmen Mittagsmahlzeit leisten könnten. Er stellte einen neuen Weg, den die Stadt begehen müßte, in Aussicht. (Auf den wir außerordentlich gespannt sind!)

Daß in dieser Sitzung der Schulstreit nicht fehlen durfte, ist selbstverständlich. Man beklagte sich, daß zwei Privatlyzeumsklassen aufgelöst worden seien. Wir sind der Ansicht, daß es heute, im fünften Jahre der deutschen Republik, höchste Zeit wäre, mit dem Privatschulenunfug radikal aufzuräumen.

Der Stadttheater-G. m. b. H. wurden 300 Millionen Vorschuß gewährt und dabei festgestellt, daß der Opernbetrieb rentabel gewirtschaftet hätte. Warum konnte das seinerzeit die städtische Verwaltung nicht? Darauf werden wir noch bei Gelegenheit zurückkommen.

Parteigenossen, klassenbewußte Eltern, Jugendliche und Arbeiterkinder!

Die internationale Arbeiterkinderwoche findet am Sonntag, den 1. Juli ihren Abschluß durch eine Kinderdemonstration. Die Arbeiterkinder wollen nicht weiter verelenden und verhungern, sie wollen nicht zusehen, daß die Hunde der Reichen in Milch gebadet werden, während ihr schwächlicher Körper keinen Tropfen Milch zur Stärkung bekommen können. Auch wollen sie nicht weiter in der Schule verdummt und verprügelt werden. Sie verlangen unentgeltliche Lehrmittel, unentgeltliche Schulspeisung und Kleidung für die Bedürftigsten. Aber, Proletarier, diese Forderungen können nur auf die Bourgeoisie und das Lehrertum wirken, wenn diese Demonstration durch eure Mithilfe, d. h. erstens dadurch, daß ihr Arbeitereltern eure Kinder hinschickt; zweitens daß ihr selbst hinkommt, und drittens, daß ihr das Jungproletariat auf die Demonstration aufmerksam macht und dieselbe so zu einer wuchtigen Kundgebung wird.

Der allgemeine Treffpunkt zur Demonstration ist früh 9½ Uhr am Königsplatz. Die einzelnen Distrikte, Kinder, Jugendliche und Erwachsene, treffen sich früh 9 Uhr mit ihren Fahnen zwecks geschlossenem Abmarsch nach dem Königsplatz an folgenden Plätzen:

Distrikt 1 und 4 am Königsplatz, 2, 3 und 5 am Westpark, 6, 7 und 8 am Schießwerderplatz, 9 an der Kaiserbrücke, 10 und 11 am Mauritiusplatz, 12 und 13 an den Teichäckern (Eisenbahn-Direktionsgebäude), 14 und 15 am Sonnenplatz.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jugendliche und Kinder! Erscheint in Massen!! Sorgt für rege Beteiligung.

KPD., KJD., KAD.
Ortsgruppe Breslau.

Das Gebot der Stunde

Vor dichtgefülltem Saal sprach die Genossin Minna Reichert über die wirtschaftliche Not unserer Zeit. Anders, als in den gestrigen Versammlungen der SPD., wo sogar aus den Reihen der Parteimitglieder Widerspruch gegen die eigenen Führer laut wurde, folgten die Anwesenden ihren Ausführungen. Genossin Reichert wandte sich vor allen Dingen an die Frauen, entlarvte die Bürgerlichen, und die bourgeois versippten Sozialdemokraten. Vor uns erstanden grauenhafte Bilder von dem Elend der Proletarier. Unter starkem Beifall schloß die Rednerin mit einem Hoch auf die Kommunistische Internationale. Die Sozialdemokratin Klara Zils, die gestern zur Teilnahme an der Versammlung aufgefordert wurde, war nicht erschienen.

In der Diskussion sprachen mehrere Parteigenossen, u. a. der Genosse Hemig-Berlin. Ein SPD.-Mann, der sich ebenfalls zu Wort meldete, fand starken Widerspruch. Die Versammlung endete mit einem starken Erfolg für die Partei.

Kunstabend streikender Artisten

Vom Streikkomitee der streikenden Artisten erhalten wir folgende Notiz:

Die am Sonntag, den 24. Juni, im Gewerkschaftshause in Breslau gegebene Vorstellung der streikenden Künstler war insofern erfreulich, als durch ihren Massenbesuch die Hälfte des Ueberschusses des Abends in Höhe von 1 175 000 Mark zugunsten der streikenden Landarbeiter, für die in der Hauptsache die Veranstaltung stattfand, abgeführt wurde. Da aus dem gleichen Grunde für Sonnabend, den 30. Juni, abends, eine Veranstaltung stattfindet, wird um Massenbesuch gebeten. Der Reinertrag soll wieder zur Hälfte, und diesmal den Kampfopfern, die von den agrarischen Wucherern aufs Straßenpflaster gesetzt sind, zur Unterstützung dienen.

Der Eintritt beträgt für den Saal 3000 Mk. und Galerie 2000 Mk.

Im Odeontheaterlichtspielhaus, Weinstraße 53/55, wird Freitag und Sonnabend ein recht interessantes Programm vorgeführt. Zunächst das nordische Drama „Das Lied von der glühenden Blume" nach der eigenartigen Erzählung des finnischen Dichters Johannes Linnankoski, in der Hauptrolle Lars Hanson und Lillibil Christensen. Hierauf Gesangseinlagen, gesungen von Herrn Konzertsänger Schmölling. Ferner bringt die Vortragsfolge: „Die Sklavin des Banditen", 5 Akte, in der Hauptrolle William S. Hart. Zu erwähnen sei noch die vorzügliche Begleitmusik. (Näheres siehe Inserat.)

Vier Volksversammlungen der VSPD. gegen den Hunger

fanden am Mittwoch abend statt. Sämtliche Versammlungen waren sehr gut besucht, weil die eine Stunde vorher demonstrierenden Erwerbslosen geschlossen daran teilnahmen.

Im „Bergkeller" referierte der Landtagsabgeordnete Lang, Langenbielau, ein eifriger Kommunistentöter. Er ritt eine scharfe Attacke gegen Cunoregierung und gegen Stinnes, mit denen seine Parteifreunde in Preußen in der Koalition sitzen. An allem Elend ist seines Erachtens nach nur die bürgerliche Reichstagsmehrheit schuld. Die Arbeiter haben nicht richtig gewählt. Als noch die VSPD. mit in der Koalition war, war alles in brauner Butter. Die Arbeiter müßten wieder zur Vernunft kommen und VSPD. wählen, dann wird es besser werden. Sein Referat wurde mehrfach durch starken Widerspruch der Versammelten unterbrochen. Herr Lang mußte einsehen, daß die Arbeiter auch in Breslau das tun, was die Langenbielauer Arbeiter längst getan haben, sich nämlich in Massen von der VSPD. abwenden.

In der Diskussion sprachen mehrere Vertreter des Erwerbslosenrates, die von der VSPD. statt ewiger Worte und Versprechungen Taten und Eintreten für die Arbeitslosen, Kampf gegen die Cuno-Regierung, forderten. Für unsere Partei sprach Genosse Moser, der bei der auf 10 Minuten verkürzten Redezeit nicht vollkommen mit der Politik der VSPD. abrechnen konnte, trotzdem aber unsere Forderungen in recht wirksamer Weise vertrat. Herr Lang mußte sein Schlußwort vor leerem Hause halten.

In der „Wilhelmsburg" referierte der Stadtverordnete Hugo Frch, der scharfe Töne gegen die Cunoregierung und Stinnes anschlug und u. a. Reichstagsauflösung, Sachwerterfassung usw. forderte. Die internationale Lage, die faszistische Gefahr, sowie andere für das Proletariat wichtige Fragen wurden dagegen von ihm nur flüchtig gestreift. Er forderte ferner Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, wertbeständige Löhne usw. Im übrigen konnte auch dieser VSPD.-Redner nicht angeben, welche Wege seine Partei in der von ihm als dringend notwendig verlangten Bekämpfung einschlagen werde. Da die Versammlung mindestens zur Hälfte aus Gegnern der VSPD. sich zusammensetzte, war der Referent sehr vorsichtig und unterließ es, Angriffe gegen die kommunistische Partei zu erheben.

Sein Vortrag fand nur bei einem Teil der Versammlung Beifall. In der Diskussion sprachen zwei Vertreter des Erwerbslosenrates, die treffend die Not der Erwerbslosen schilderten und mit recht scharfe Kritik daran übten, daß weite Teile der Breslauer Arbeiterschaft dem Arbeitslosenelend passiv gegenüberstehen und jede Solidarität mit den Erwerbslosen vermissen lassen. Sie forderten, daß die VSPD. endlich einmal angebe, welche Wege sie in Zukunft einschlagen müsse. Diese Ausführungen fanden weit stärkeren Beifall als die des Referenten. Für unsere Partei sprach Genosse Dombrowski, der die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners gegen die Cunoregierung und Stinnes unterstrich und feststellte, daß durch die Schuld der VSPD. die Cunoregierung noch am Ruder ist. Genosse Dombrowski betonte, daß wertbeständige Löhne Verewigung der „an der physischen Existenzminimum liegenden" Hungerlöhne bedeute. Der Kampf müsse geführt werden um Erreichung höherer Real- und allmählicher Erreichung der Friedensreallöhne. Stabilisierung der Mark, der Preise und der Löhne bedinge die Sachwerterfassung. Letztere könne nur von einer Arbeiterregierung durchgeführt werden. Die VSPD. weicht diesem Kampf um die Arbeiterregierung aus und sei mitverantwortlich bei der Ausschaltung der aktiven Kraft der Arbeiterklasse in einem historisch wichtigen Moment. Der Kampf gegen den Faszismus, der eine Lebensnotwendigkeit für die Arbeiterschaft sei, kann ebenfalls nur von einer Arbeiterregierung geführt werden. Genosse Dombrowski erinnerte an die Ereignisse im März 1920 in Breslau, an die Ermordung von Schottländer, Hennig, Boronow, Romane, Schramm usw. Die Breslauer Arbeiterschaft solle der faszistischen Gefahr ins Gesicht sehen und den Kampf aufnehmen. Den durch sein Verbot der proletarischen Hundertschaften den Dolchstoß gegen die Abwehrfront des Proletariats geführt. Diese Politik sei arbeiterschädlich und müßte aufs schärfste bekämpft werden.

Nach diesen mit Beifall aufgenommenen Ausführungen hielt der VSPD.-Genosse Mücke eine längere Verteidigungsrede für seine Partei und darauf folgte das Schlußwort des Referenten, das mehr als demagogisch war und auf den Kern der Ausführungen der Diskussionsredner in keiner Weise einging.

Der Bericht über die Versammlung im „Jägerhof" steht noch aus.

In den „Zentralhallsälen" sprach der Landtagsabgeordnete Tiele, Waldenburg. In breiten Ausführungen schilderte er das soziale Elend des deutschen Proletariats. Er behauptete von denjenigen zu sein, die gegen die große Koalition sind, trotzdem lehnte er die Arbeiterregierung ab. Er meinte, man dürfe der Regierung Cuno nicht die Verantwortung abnehmen, indem man jetzt auf den Sturz hinarbeite, sondern man müsse Forderungen stellen. Und als solche empfahl er den bereits eingeleiteten Markstützungsschwindel, von dem er nur wünschte, daß fester zugepackt würde. Im übrigen glaubte der Referent, daß die deutsche Arbeiterklasse nichts ausrichten könne. Er erwartete alles Heil von den Arbeitern der anderen Länder.

In der Diskussion sprach als erster Schornstein für die Forderungen der Arbeitslosen, dem sich ein Syndikalist anschloß, der das Rezept empfahl, darüber nachzudenken, wie man den Zukunftsstaat aufbaue. Den politischen Kampf lehnte er ab.

Für die KPD. sprach dann Genosse Curt Sander. In kurzen Worten zeigte er, wie der Referent wohl die Lage der deutschen Arbeiterklasse richtig beurteilt, wie aber die SPD. nicht dazu übergeht, die einzig richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Als Zentralproblem steht heute vor uns die Eroberung der politischen Macht, die Errichtung einer Arbeiterregierung. Aber diese Regierung wird nicht durch parlamentarische Mehrheitsverhältnisse allein zustande kommen. Wenn die Arbeiterregierung wirklich aktionsfähig sein soll, so gilt es, ihr außerparlamentarische Machtorgane des Proletariats zu geben. Als solche sind die proletarischen Hundertschaften zu betrachten, und der Kampf Severings gegen sie bedeutet in Wirklichkeit einen Kampf gegen die Arbeiterregierung. Ebenso ist es unmöglich, auf bürokratischem Wege Wucher- und Devisenspekulation zu bekämpfen. Die Organe für einen wirksamen Kampf gegen den Wucher können nur die Kontrollausschüsse sein. Die Bekämpfung der Devisenspekulation aber setzt voraus die Kontrolle der Banken, Börsen und der Produktion durch Organe des Proletariats. Alle diese Organe aber werden nicht von selbst erstehen, sondern sie müssen geschaffen werden im Kampfe gegen die Bourgeoisie. Darum ist das erste Erfordernis die Herstellung

---

Das Mutzoll der Tolan

Roman von Concha Espina

2]

Die Frau, die sie sich mitgenommen hatte, die selbst ohne Hemmungen und nicht eben von musterhafter Lebensführung war, wurde schließlich gefangen genommen von dem Gesinnungsadel des Mädchens, das unberührt blieb von der Verderbtheit einer Umgebung, die sich ebensowenig an sie herantwagte, wie Schattenpflanzen an das Sonnenlicht. So war es möglich, daß der Charakter des Mädchens sich rein und frei entwickelte, während der Umgang mit Menschen, die Kenntnis fremder Länder und die Erfahrungen einer bewegten Kindheit ihr Mut und Energie verliehen. So wurde sie 18 Jahre alt.

Ihre Schönheit weckte Begierde; ihr Wesen jedoch verwandelte das heiße Begehren in warme Zuneigung. Aurora aber wartete darauf, daß ihr eigenes Herz spräche, und sie verschloß ihr Ohr allen Liebesworten mit derselben Gleichgültigkeit.

Schon fingen ihre Pflegeeltern an, sich zu beunruhigen. Es war ihnen wohl recht, daß das junge Mädchen stolz und unnahbar blieb, nur sollte sie es nicht so weit treiben, sich die vorteilhafte Heirat zu verscherzen, die sie für sie erhofften. Und es regte sich die Furcht, daß ihnen aus aller Liebe und Sorgfalt, mit der sie das Kind in ihre Obhut genommen und ihm die gute Erziehung gegeben hatten, nun doch kein Vorteil erwachsen würde. In dieser Ungewißheit überraschte sie aus dem heimatlichen Küstengebirge ein Brief der Mutter, die ihr Kind zurückforderte. Und so eindringlich wiederholte sie ihren Ruf, daß das Mädchen sich zu seiner großen Betrübnis gezwungen sah, das gastliche Dach, unter dem sie vor einem elenden Schicksal Schutz zu finden gehofft hatte, wieder mit dem alten Heim in Traspena zu vertauschen.

Die Rückkehr in die Heimat bedeutete die trübste ihrer bisherigen Erfahrungen. Sie kehrte heim im ganzen Zauber ihrer Schönheit, ausgestattet mit einer Menge unnützer Kenntnisse und Fertigkeiten, mit neuen Lebensgewohnheiten und übertrieben modernen Neigungen, wie sie dem Emporkömmling eigen sind. Ihr angeborener guter Geschmack wurde dadurch wie mit einem zweifelhaften Firnis verdeckt, und ihre Schönheit stempelte sie in den Augen der Leute zur Ware. Man erzählte sich, daß ihre schlauen Pflegeeltern in Amerika sie ausgebeutet hätten, und daß die Mutter beabsichtige, dieses schändliche Geschäft nun auf eigene Rechnung weiterzubetreiben. Die unsaubere Neugierde der Nachbarn umschlich die kaum Zurückgekehrte, und man glaubte sich der Unglücklichen gegenüber keinen Zwang auferlegen zu müssen. Diejenige, die ihr natürlicher Schutz hätte sein sollen, trug keine Bedenken, sie in Pläne einzuweihen: man müsse eben sein Brot verdienen, indem man seine Schönheit verkaufe, bevor die nur allzu schnell enteilende Jugend vorüber sei!

Nun begann für die Verurteilte ein grausamer Kampf, in dem ihr kein anderes Gesetz zur Seite stand, als das ihres eigenen Herzens. Die Mutter — arm und krank — war in Verzweiflung über Auroras Nutzlosigkeit und Widerspenstigkeit, und sie schreckte vor keinem noch so schändlichen Mittel zurück, um sie herabzuwürdigen. Schließlich verfiel sie darauf, sie zu den gröbsten Arbeiten zu zwingen, um mit Hilfe dieses barbarischen Mittels ihren Hochmut ins Wanken zu bringen. Aber tapfer und leidgewohnt beugte sich das junge Mädchen in ungebrochenem Stolz unter das Joch dieser Sklaverei. Sie, die zur Dame erzogen worden, die empfänglich war für die Bequemlichkeiten des Daseins und ausgestattet mit dem den Frauen eigenen Sinn für einen verfeinerten Lebensgenuß, stieg nun auf den Berg, um Torf zu stechen, ging mit einem Korb Mais in die Mühle, wanderte als Wäscherin für fremde Leute zum Fluß hinab und arbeitete während der Ernte als Tagelöhnerin auf dem Felde. Als sie nichts anderes mehr zu tun fand, ging sie als Sardinenfischerin mit einem Korb Fische durch das Tal, eine verzweifelte Büßerin, auf deren zarten Wangen sich der Arbeitsschweiß mit dem Salz des Meeres und dem ihrer bitteren Tränen mischte.

Da sie zum erstenmal als herumziehende Fischhändlerin zum Hafendamm eilte, half ihr ein Fischer, den gefüllten Korb auf den Kopf zu heben. Als sie sich aus ihrer gebückten Stellung aufrichtete, stand sie Charol gegenüber. Sie wechselten einige nichtssagende Worte, wobei sie einander tief in die Augen sahen; seit diesem Augenblick waren sie Freunde. Sie, die ihr Martyrium bis jetzt allein hatte tragen müssen, fühlte, daß sie in dem Fischer einen ungewöhnlichen Menschen gefunden hatte, und er glaubte in ihr die Verkörperung eines Bildes zu sehen, das ihm einst in fernen, wirren Träumen erschienen sein mußte. Sie suchten sich in angstvoller Ungewißheit und waren schließlich überzeugt, daß sie einander schon in einem vergangenen und vergessenen Leben gekannt haben müßten, — vielleicht auf einem Planeten, der, längst erloschen, im All kreiste. Und sie stellten gemeinsame Betrachtungen an über die Härte und Gewalt, die Schönheit und Traurigkeit des Lebens. Ihre Erlebnisse hatten unverkennbare Berührungspunkte, über beiden schien der gleiche unheilvolle Stern zu walten; der Makel ihrer Geburt hatte als dunkler Schatten über ihrer beider Kindheit gelegen und die mit dem Fluch der Ehrlosigkeit Beladenen von ihrer Umgebung abgesondert. Und, um die Qual zu erhöhen, waren Geist und Gemüt bei beiden mit diesem religiösem Gefühl gepaart, das sie unter dem Einfluß einer seltsamen Unruhe mit hellseherischen Ahnungen erfüllte.

Beide begeisterten sich für einzelne seltsame und erhabene Ideen, die die Unwissenheit dieser Armen wie zufällig eingedrungene Lichtstrahlen erhellten und ausreichten, um ihren nach Idealen hungernden Geist zu entzünden. Sie hatten von einer Lehre gehört, die sie für neu hielten, einer menschheitsbeglückenden, neuaufbauenden Lehre, der sie aus der Tiefe ihrer unberührten Herzen heraus anhingen, ohne zu ahnen, daß der reine, ewige Quell, der im göttlichen Herzen des Messias seinen Ursprung nahm, sich über tausendjährige Felsen der Irrlehre hinweg einen Weg geebnet hat bis zu den Menschen unserer Tage, die guten Willens sind. Die beiden gemütvollen Wesen, auf die in einem Augenblick der zündende Funke einer reinen Liebe übergesprungen war, suchten durch alle Kümmernisse der Wirklichkeit hindurch ihre Begeisterung und ihren Stolz aufrechtzuerhalten, um ihre Hoffnungen einer höheren Lebensauffassung unterwerfen zu können.

Bei ihren ersten Zusammenkünften vertrauten sie einander ihre Geheimnisse an, und jedem flößte die traurige Stimme des anderen, die von Sorgen erzählte, blindes Vertrauen ein.

Charol glaubte fest an die Reinheit des kaum jungen Mädchens, das mit so unerhörter Standhaftigkeit den Lockungen des Lasters widerstanden hatte. Und sie vernahm mit stiller Teilnahme die Erzählung seines ganzen Lebens, dessen früheste Jahre in Verwilderung und Elend verlaufen waren, und das später eine arme, gute, traurige Frau in ihre Obhut nahm, die ihn bei ihrem Tode im Angesicht des Meeres allein ließ, nach Zärtlichkeit hungernd und durch sein andersgeartetes Wesen den Kameraden entfremdet.

So erzählte der junge Mann der Freundin seine Vergangenheit Stunde um Stunde und verweilte mit besonderem Behagen bei den sonnigsten, in denen sich ihm etwas von der Weite der Welt aufgetan hatte. Es waren die, in denen die Menschenliebe ihn in ihre Hut genommen hatte, als eine Mutter im Gedanken an ihren in der Blüte der Jahre heimgegangenen Sohn ihn als eigen annahm und sein liebeleeres Dasein mit ihrer Zärtlichkeit erfüllte. Dank diesem frommen Mitleid konnte der Knabe sich die elementaren Kenntnisse des Seemannsberufes aneignen, er schiffte sich auf einem Ueberseedampfer ein, durchkreuzte die Meere, grüßte fremde Küsten und verweilte an den Ufern seiner Träume; er hatte gelernt zu leben und zu wünschen.

Dies alles geschah zu der Zeit, da Aurora geboren wurde als Kind einer Frau, die der Mutter Charols an Niedrigkeit der Gesinnung nichts nachgab, und während die Augen des kleinen Mädchens an der kantabrischen Küste unter dem Einfluß der wildbewegten Wellen ihre Farbe veränderten.

(Forts. folgt.)

der Einheitsfront des Proletariats, um diese Kämpfe führen zu können. Darauf wurde von der Versammlungsleitung der Reichstagsabgeordneten Zilz (SPD.) das Wort erteilt, die nun in langatmigen Ausführungen alle die kleinen reformistischen Mätzchen wieder aufzutischen, womit die SPD. schon seit 4 Jahren zu ködern versucht. In der Fortsetzung der Diskussion wurde von einem nach dem andern Redner, die scheinbar alle dem syndikalistischen Lager angehörten, die Ablehnung des politischen Kampfes betont. Die im Anfang sehr gut besuchte Versammlung hatte sich stark geleert, als der Referent das übliche, sachlich nichtssagende Schlußwort hielt, wo es natürlich ohne Hetze gegen die KPD. nicht abging.

Die VSPD.-Regisseure waren auch diesmal überall an der Arbeit. Sie brachten prompt Anträge auf 10 Minuten Redezeit ein. In der „Wilhelmsburg" wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Außerdem mußte sowohl im „Bergkeller" als auch in der „Wilhelmsburg" festgestellt werden, daß die Rednerliste nicht einwandfrei geführt wurde. Sollte es die VSPD. bestreiten [illegible], so können wir mit Einzelheiten dienen. Wenn diese Mogeleien nicht aufhören, sind unsere Genossen genötigt, in Zukunft Bürowahl zu erzwingen, um die Führung der Rednerliste zu kontrollieren.

Im übrigen hilft auch die Regie nichts. Auch in der Hochburg der VSPD. Breslau geht es abwärts.

sozialdemokratische Minister Severing habe

Aus der Provinz

Trebnitz. Zu einem großen Volksgericht mit den reformistischen Führern gestaltete sich eine am Sonnabend, den 23. Juni, von der KPD. in das Konzerthaus einberufene dichtgefüllte Versammlung, in der Genosse Hamann das Referat hielt. Die Versammlung war durchsetzt von Industrie- und Landarbeitern, die in lautloser Stille aufmerksam den Ausführungen folgten. In zweistündiger Rede deckte der Referent die Ursachen der sich immer mehr steigernden Not und der Verelendung auf. Bei vielen Spießbürgern, gedankenlosen Schwätzern, aber auch unter den Arbeitern ist die Meinung verbreitet, daß der verlorene Krieg und der Versailler Vertrag die alleinige Schuld an den unhaltbaren Zuständen hätten. Nein, die Schuld daran trägt das im Zerfall sich befindende kapitalistische System. Schon vor dem Kriege entwickelte sich zwangsläufig unter den Industriestaaten der Erde ein erbitterter Kampf um die Absatzgebiete. Die deutschen Kapitalisten schickten ihren Repräsentanten Wilhelm von Hohenzollern nach Jerusalem und Marokko, um für die Stinnes, Krupp, Thyssen usw. im imperialistischen Sinne Stimmung zu machen. Es sei ganz klar, daß dadurch die dort interessierten kapitalistischen Gruppen anderer Länder in erregte Stimmung gebracht wurden. Die sich immer mehr zuspitzende Konkurrenz auf dem Weltwarenmarkt zeitigte verschiedene Bündnisse unter den konkurrierenden Mächten und die Folge war die Einkreisung Deutschlands als Hauptkonkurrent. Diese natürliche Entwicklung mußte über kurz oder lang zu einer Katastrophe, zum Kriege führen. Der Krieg ist zu ungunsten Deutschlands entschieden. Die Kapitalisten, die im Kriege riesige Geschäfte gemacht haben und noch weiter machen, denken heute nicht daran, die Kosten der Reparationen zu tragen und die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer haben durch ihre Burgfriedens- und Arbeitsgemeinschaftspolitik den Boden für die grenzenlose Verelendung schaffen helfen. An Hand von Gutachten ärztlicher Korporationen, z. B. Sachsens und Berlins, ist bewiesen worden, daß durch Unterernährung und anderes die Verelendung unter den Kindern Formen angenommen hat, wo jede Hilfe ausgeschlossen ist. Auf der andern Seite sehen wir einen Luxus und ein Schlemmerleben, das sich in den Weinstuben und Bars austobt, wie es ähnlich in der Weltgeschichte nicht zu finden ist. Die Einführung der Lohnsteuer, an der die Sozialdemokratie mit unseren Klassenfeinden mit geholfen, ist auch ein Produkt ihrer Koalitionspolitik. Diese Steuer, die getragen wird von den Arbeitern, Beamten und Angestellten, beträgt bis 94 % der gesamten Einkommensteuer im Reich. Den schwerreichen Grubenmagnaten hat die Wirthregierung die Kohlensteuer, die von ihnen eingezogen wird, in Höhe von über 40 Milliarden gestundet und der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Robert Schmidt hat das geschehen lassen. Wenn die Koalitionsregierung Wirth, in der Sozialdemokraten gewesen sind, nichts getan hat im Interesse der breiten Massen, so ist von dem Nachfolger Cuno, hinter dem die Schwerindustrie und das Agrarkapital steht, erst recht nichts zu erwarten gewesen. In diesem Zusammenhang streifte der Redner die Ursachen des Marksturzes, den Ruhrkrieg, die Markstützungsaktion. Die deutschen Kapitalisten hätten kein Interesse an einem hohen Markkurse, je niedriger der Kurs, desto billiger die Arbeitskraft, desto höher der Profit. Die Ruhrbesetzung ist bewußt und mit Berechnung durch Nichtlieferung von Kohle und Holz hervorgerufen worden. Seit einem Jahr verhandeln Stinnes und Loucheur über die Zusammenlegung der beiden Rohstoffquellen, Eisen und Kohle, zu einem einzigen mitteleuropäischen Truste. Im Prinzip ist man sich über diese Verschmelzung einig; der Streit geht um die Verteilung der Ausbeute 60 und 40%. Uebergehend zum Streik der Landarbeiter, ist zu bemängeln, daß der Kampf von der Leitung des Landarbeiterverbandes nicht geschlossen durchgekämpft wird, sondern zu Einzelverhandlungen übergeht. Wurden die Ausführungen schon während der Rede durch Beifall unterbrochen, so setzte dieser am Schluß spontan ein. In der Diskussion sprachen von der SPD. Kreisleiter Thiel, vom Landarbeiterverband Kreisleiter Ardelt. Ersterer verteidigte die Politik seiner Partei und beschränkte sich in seinen weiteren Ausführungen auf den Kreis. Ardelt ging auf die Ausführungen des Referenten in vielen Punkten ausführlich ein. Beide erklärten, sie könnten die Ausführungen des Referenten zu neun Zehntel unterschreiben. Beide wußten als Heilmittel gegen alle Leiden und Nöte nur die Stimmzetteldemokratie zu empfehlen. Genosse Münch setzte sich mit dem Kreisleiter Thiel wegen örtlicher Angelegenheiten auseinander. Genosse Reims vom Bund schaffender Landwirte verwahrte sich gegen den Bericht in der „Volkswacht", anläßlich der Löbeversammlung, wo seine Ausführungen gegen Löbe als konfus bezeichnet wurden. In seinem Schlußwort ging Genosse Hamann auf alle in der Diskussion vorgebrachten Ausführungen ein. Besonders mit dem Kreisleiter Thiel, der die Politik seiner Partei als gut bezeichnet hatte, rechnete er gründlich ab. Es bleibt kein anderer Weg aus dem Elend herauszukommen übrig, als die Regierung Cuno, die die letzten Schranken gegen die Ausbeutung beseitigen wird, zu stürzen und wie in Sachsen eine Arbeiterregierung, gestützt auf die breiten Massen der organisierten Arbeiter, zu schaffen. Gesammelt wurden zum Kampffonds 23 187 Mark, Eintrittsgeld 48 695 Mark. Es wurde eine Ortsgruppe gegründet. Die Zahl der beigetretenen Genossen konnte noch nicht genau festgestellt werden, jedenfalls erfolgten über 40 Beitritte.

An unsere Kolporteure

In den letzten Tagen des Monats Juni sind an alle Ortsgruppen 5 bis 10 Propagandazeitungen mehr überwiesen worden. Die Kolporteure werden dringend um Mitteilung ersucht, ob diese Zeitungen im Juli für Neu-Abonnenten benötigt werden. Der Verlag ist sonst gezwungen, für Juli wieder die alte Anzahl Zeitungen zu überweisen.

Verlag und Expedition

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Zschocher, Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Sprechchor.

Freitag, den 29. Juni, im Schießwerder, pünktlich 7 Uhr.

Versammlungs-Kalender.

[illegible] unter dieser Rubrik kostet 35 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50, T. [illegible] Amt 9837. Adresse: Alfr. Oelßner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Breslau. Bezirksleitungssitzung. Sonntag, 1. Juli, vormittags 8 Uhr, im Parteibüro, Trebnitzerstraße 50. Bezirksleitungssitzung. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen.

— Verwaltungssitzung der Produktiv-Genossenschaft. Sonnabend, den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Parteibüro Trebnitzerstraße 50, Verwaltungssitzung der Produktiv-Genossenschaft. Jedes Mitglied muß pünktlich erscheinen.

— Kreisleitersitzung. Sonntag, den 1. Juli, vormittag 11 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolaistraße 49-50 [illegible].

— Samariterkursus. Freitag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße 49-50.

— Distrikt 10/11. Freitag, den 29. Juni, abds. 7,30 Uhr Weinstraße 11, Schriftenabend. Pünktliches Erscheinen wird erwartet.

— Montag, den 2. Juli, abends 7 Uhr im Versammlungsraum Nikolaistraße 49-50 Diskussionsabend. Vortrag des Genossen Harms über: „Proletarische Kultur". Alle Funktionäre sind verpflichtet daran teilzunehmen.

Altwasser. Sonntag, den 1. Juli, abends 7 Uhr, im Eisernen Kreuz, wichtige Funktionärsitzung, zu der alle Funktionäre der Partei und Gewerkschaft zu erscheinen haben. Pünktlichkeit ist Parteipflicht.

Altheide und Dittersbach. Sonntag, den 1. Juli, vormittags [illegible] Uhr, [illegible] Althain, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl der Ortsgruppenleitung u. a. 2. Die nächsten Aufgaben. [illegible] seid alle zur Stelle. Revolutionäre Disziplin ist die vornehmste Pflicht eines Kommunisten. Genossen von Dittersbach wird es zur Pflicht gemacht, sich an dieser Gründungsversammlung zu beteiligen. Hierzu sammeln beim Gasthof zum Tiefbau Dittersbach vormittag 8 Uhr. Abmarsch nach Althain 8.15. Liederbücher mitbringen.

Hirschberg. Sonnabend, den 30. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Volks-Versammlung im „Berliner Hof". Thema: Das Gebot der Stunde. Referentin Genossin Minna Reichert.

Agitationskreis Hirschberg. Sonntag, den 1. Juli, vormittags 9 Uhr, im Gerichtskretscham in [illegible] Kreiskonferenz. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Landeshut. Sonntag, den 1. Juli, bei schönem Wetter Gemeinsamer Ausflug aller Ortsgruppen der KPD. und KJ. nach Zieder bei [illegible] (Gasthof zur Brauerei). Vortrag, Ansprache, Unterhaltung durch Jugend- und Kindergruppen. Abmarsch der Ortsgruppen Landeshut, [illegible], Schwarzwaldau um 1 Uhr ab Gasthof zur Sonne. Liederbücher sind mitzubringen. Eine Massenbeteiligung aller Genossen mit ihren Familien sowie der Sympathisierenden wird erwartet.

Agitationskreis Lauban. Sonntag, den 1. Juli, vormittag 9.30 findet im Volkshaus Lauban eine Kreiskonferenz statt. Die Ortsgruppen Lauban, Lichtenau, Geibsdorf, Schönberg, Linda, [illegible], Greiffenberg, Friedeberg, [illegible], Marklissa, [illegible] und Löwenberg müssen Delegierte entsenden. Sehr wichtige Tagesordnung.

Strehlen-Striegau. Sonntag, den 1. Juli, nachm. 3 Uhr, bei Majorek, Frankensteinerstraße, Mitgliederversammlung. Es müssen alle Mitglieder pünktlich erscheinen.

Weißstein. Fuchsgraben. Sonntag, den 1. Juli, nachm. 1 Uhr, in der Gemeindemühle Weißstein, Sitzung aller auf den Schachtanlagen der Fuchsgrube beschäftigten kommunistischen Bergarbeiter. Erscheinen eines jeden ist Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert.

KJD Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postscheckkonto: Breslau 67090 Max Gläser.

Reichenbach. Sonnabend, den 30. Juni, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Genossen Mamm, [illegible] straße 17. Vortrag des Jugendgenossen Hippauf. Sympathisierende Genossinnen und Genossen sind eingeladen. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Leitung Kreisbildungsausschuß Waldenburg. Sonntag, den 1. Juli, nachmittags 2 Uhr, in Altwasser im „Eisernen Kreuz", Kreisbildungsausschußsitzung. Alle Ortsgruppen des Unterbezirks müssen vertreten sein. Mitgliedsbeiträge sowie Gewerkschaftsliste sind mitzubringen. Da am 8. Juli Bezirksausschußsitzung ist, ist das Erscheinen zur Kreisbildungsausschußsitzung um so notwendiger. Die Vorsitzenden müssen ebenfalls erscheinen.

Gewerkschaften

Breslau. Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Zahlstelle Breslau. Freitag, den 29. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal zum „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße, Mitgliederversammlung.

— Achtung Steinarbeiter! Sonnabend, den 30. Juni, abends 5 Uhr findet im Gewerkschaftshause, Zimmer 3 Versammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung zahlreiches Erscheinen erwünscht. Tagesordnung: Von 5—6 Uhr Kassentag, dann Lohnfrage.

Waldenburg. Metallarbeiter-Fraktion. Sonnabend, abends [illegible] Uhr in der Stadtbrauerei Fraktionssitzung sämtlicher Metallarbeiter. Wichtige Tagesordnung. Jedes Mitglied muß pünktlich erscheinen. Fraktionskarten dienen als Ausweis.

Andere Organisationen

Nieder-Altwasser. Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 1. Juli, nachmittags 7.30 im „Eisernen Kreuz" Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Einen neuen Leser, Genosse!

Münzgaswertmarken

werden infolge Lohnerhöhungen vom 29. 6. 23 ab zum Preise von 1775 Mk. für das Stück abgegeben.

Der Magistrat.

Freireligiöse Gemeinde Nieder-Altwasser.

Sonntag, den 1. Juli abends 7½ Uhr im „Eisernen Kreuz"

Mitglieder-Versammlung

Wichtige Tagesordnung.

Zahle für Rohprodukten jeder Art, sowie für Makulatur, Säcke und Felle

die höchst. Tagespreise

Genosse Krause, Reuschestrasse 50.

Odertor-Licht-spiele Weinstr. 53/55

Nur Freitag und Sonnabend

Das herrliche nordische Drama

Das Lied der glutroten Blume

mit Gesangeinlagen gesungen v. Konzertsänger Schmölling.

Sehensw. ist die tollkühne Flößer-Sensat.

Ferner der Origin.-Amerikaner

Die Sklavin des Banditen

ein verwegener Cowboy-Schlager.

WOLFF & KUTNER

GLEIWITZ, NIKOLAISTRASSE 16

Manufaktur- und Modewaren ~ Herrenkonfektion
Herren- und Damenwäsche

BOBROWSKY & ZELLNER

★

Allergrößtes Spezial-Haus für Manufakturwaren, Modewaren, Leinen- und Baumwollwaren am Platze

★

FERNSPRECHANSCHLUSS: NR. 272 RING 22 **GLEIWITZ** FERNSPRECHANSCHLUSS: NR. 272 RING 22

Beilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
Nummer 149
5. Jahrgang.

Radek über die Weltlage

In Fortsetzung des Berichts über die erweiterte Exekutivsitzung spricht zunächst

Genosse Sinowjew

Das Schlußwort des Gen. Sinowjew zeichnete sich wieder einmal durch seine Kunst der klaren Zusammenfassung aus, die die schärfste Argumentation darstellt. Er fing mit der Religionsfrage an, über die so viel von den verschiedensten Gesichtspunkten aus gesprochen wurde. Das ganze Problem vereinfachte sich durch Anführung eines alten Zitates von Lenin: „Religion (und Kirche) ist Privatsache gegenüber dem bürgerlichen Staate, aber keineswegs gegenüber der Partei.“ Der Kommunistischen Partei kann die religiöse Auffassung ihrer Mitglieder nicht gleichgültig sein, denn Kommunismus ist eine Weltanschauung. Lenin betonte ausdrücklich, daß unsere Arbeit eine Propaganda des Atheismus in sich schließt.

Was die Frage des Zentralismus betrifft, so hat selbst Ledebour in seinen Statuten für seine Internationale den Grundsatz aufgestellt, daß die Richtlinien durch die Internationale vorgeschrieben werden und die Durchführung den einzelnen Parteien überlassen wird. Und das sagt ein Sozialdemokrat! Wir sollen uns in lokale Fragen nicht einmischen. Aber ist die Ruhrfrage eine lokale Frage, eine lokale Frage der deutschen Partei oder eine lokale Frage der französischen Partei? Heute haben alle größeren Fragen internationale Bedeutung.

Was die Frage des Zentralismus betrifft, regierung betrifft, so bin ich mit dem Vorschlage Vargas einverstanden. Man kann in diese Losung das Wort „werktätige“ aufnehmen. Im übrigen hat sich in der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung eine so große Uebereinstimmung gezeigt, daß es schon jetzt möglich ist, diese Parole auszugeben.

In der Tschechoslowakei herrscht eine schwere Krise wegen der künstlichen Hebung des Kronenkurses, es herrscht eine große Arbeitslosigkeit. Das Parlament befindet sich in einer ständigen Krise, die Parole der Diktatur scheint also dort nicht so hoffnungslos zu sein, es handelt sich vielmehr darum, wie wir sie aufstellen.

Aus Bulgarien kommt die Nachricht, daß Stambulijski zum Gegenschlag ausholt und in Plevna die Kommunisten einen Aufstand gemacht hätten, aber die Zentrale der Kommunistischen Partei ihm entgegenwirke. Falls diese Nachricht sich bestätigen sollte, so wäre dies ein großer Fehler. Jetzt müßten wir uns selbst mit dem verfluchten Stambulijski verbinden. Die Bolschewiki sind gegen Kornilow und Kerenski gegangen. Die bulgarische Partei hat eine 25jährige Sammlung hinter sich. Jetzt muß sie beweisen, ob diese Sammlung auch eine kommunistische Kräftesammlung war. Es sind jetzt in Bulgarien drei Möglichkeiten. Entweder tritt die Partei in den Kampf ein, dann kann dieser Kampf zu einer Arbeiter- und Bauernregierung führen. Kämpft die Partei nicht die jetzige Regierung bleibt, dann geht es um Kopf und Kragen der Partei oder es kommt die Fäulnis. Eine dritte Möglichkeit ist, daß die Parteizentrale untätig bleibt, aber die Massen in den Kampf gerissen werden. Dann kommt die Spaltung. Wir sind weit vom Schuß, wir können von hier aus keine Direktiven geben, aber wir müssen die bulgarische Partei auf die Gefahren aufmerksam machen.

Was das nationalsozialistische Organ „Das Bewissen“ über die KPD. schreibt, ist das größte Kompliment für letztere. Die KPD. ist nicht national im gewöhnlichen Sinne des Wortes, es ist aber wichtig, daß jetzt Teile der Bourgeoisie einsehen, sie sei eine Partei, die sich an das ganze Volk wendet. Das ist ein großer Erfolg; das beweist, daß die Partei den Klassenstandpunkt nicht im Zunftsinne auffaßt. Die KPD. ist eine Klassenpartei, aber in dem Sinne, wie es eine revolutionäre Partei am Vorabend einer Revolution sein muß. Es können noch Episoden kommen, aber der Ausgang des Kampfes ist nicht zweifelhaft. Ich unterschätze die Zweite Internationale nicht, sie ist eine Internationale des Betruges. Ich betone nur, daß wir keine Parade-Internationale sind.

Die neuesten Ereignisse in der Arbeiterbewegung, der Zusammenschluß der Transportarbeiter der zwei Gewerkschaftsinternationalen zum Kampfe, bedeuten, daß sich die Kräfteverhältnisse zu unserem Gunsten verschieben. Es können noch vor dem Fünften Kongreß entscheidende Ereignisse eintreten. Wenn wir nationale, so werden wir große Erfolge erzielen!

Hierauf erhält das Wort Genosse **Radek** zu seinem Referat über die weltpolitische Lage:

Rede des Genossen Radek über die weltpolitische Lage

„Seit dem letzten Kongreß sind in der Weltpolitik neue Erscheinungen zutage getreten. Die Lage hat sich in vieler Hinsicht erheblich geändert. Wir müssen daraus taktische Schlüsse ziehen. Lord Curzon nannte die Kommunistische Internationale eine unheilstiftende Organisation, offenbar, weil sie sich mit weltpolitischen Fragen beschäftigt. Wir haben die weltpolitischen Fragen nicht im Eton College studiert. Wir als Objekte der Weltpolitik haben die Weltpolitik an unserer eigenen Haut studiert. Es mag sein, daß wir noch nicht genügend studiert haben. Wenn wir Erfolge erzielen wollen, dann müssen wir die weltpolitische Lage genau kennen. Die erste wichtige Erscheinung in den letzten sechs Monaten ist das englisch-amerikanische Schuldenabkommen, die zweite die Ruhrbesetzung, die dritte die Lausanner Konferenz, wo in der Frage der Türkei England und Frankreich die Rollen gewechselt haben, die vierte die Liquidation des Washington-Abkommens im Fernen Osten. Alle diese Erscheinungen stehen in engstem Zusammenhange. Lloyd George hat seinerzeit ein Schuldenabkommen vorgeschlagen, nach dem die Lasten Frankreichs gemildert werden sollten, wofür aber Frankreich seine Rüstungen und seine Reparationsansprüche an Deutschland zu mildern gehabt hätte. Wäre dieser Vorschlag angenommen worden, so hätte das eine Milderung des Kampfes um die Hegemonie in Europa bewirkt. Die Milderung der deutschen Reparationslasten hätte die Kaufkraft Deutschlands erhöht, und bei den regen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England hätte dies zur Milderung der Arbeitslosigkeit in England beigetragen, welch letztere dem Staate jährlich 100 Millionen Pfund Sterling kostet. Ferner wollte Lloyd George Rußland als kapitalistischen Staat in den Weltverkehr einbeziehen. Rußland solle auf den sozialistischen Aufbau verzichten und seine früheren Schulden bezahlen. Das hätte praktisch zur Verpfändung seiner Eisenbahnen und seiner Häfen geführt. Wäre der Plan Lloyd Georges gelungen, so hätte das die Restauration des europäischen Kapitalismus bedeutet. Es war dies eine großzügige Idee, die nur den Fehler hatte, daß sie, wie das schöne Pferd von Ariost, tot war. Lloyd George hat seine Rechnung ohne zwei Wirte, ohne Amerika und ohne Rußland gemacht. Amerika dachte nicht daran, sich in die europäischen Angelegenheiten einzumischen, und das ist verständlich. Es hat seit dem Beginn des Krieges seine Stahlproduktion verdoppelt, seine Anbaufläche an Weizen mehr als verdoppelt. Amerika empfindet kein Bedürfnis, sich in die europäische Politik einzumischen. Allerdings gibt es auch Schichten, die für die Einmischung sind. Die Farmer möchten gern ihre Erzeugnisse in Europa absetzen, ebenso gewisse Banken den Export nach Europa finanzieren. Aber durch die herrschende Prosperität in Amerika wurde der Einfluß dieser Kreise vermindert. Amerika kümmert sich mehr um Ostasien, als um Europa. Das amerikanische Kapital hat Angst vor den revolutionären Zuständen in der alten Welt. Ostasien hatte andererseits das Bündnis zwischen England und Amerika unmöglich gemacht. Außerdem sind England und Amerika Konkurrenten als Seemächte. In einem Kampfe zwischen Amerika und England könnte Frankreich ein Bundesgenosse Amerikas sein. Deshalb hat man in Washington, wo so viel von Abrüstung die Rede war, nichts gegen die französischen Rüstungen unternommen.

Lloyd Georges Plan hat sich als ein Irrtum erwiesen. Er glaubte, die neue ökonomische Politik wäre für uns ein Parapluie, mit dem wir uns langsam in die Niederungen des Kapitalismus fallen lassen wollten. Wir wären bereit gewesen, Konzessionen gegen Kredite zu gewähren, aber wir waren nicht geneigt, weder unsere Schwerindustrie noch unsere Eisenbahnen dem Kapital auszuliefern. Lloyd George drohte uns in Genua, daß, wenn wir seinen Plänen nicht zustimmen und ihn dadurch unmöglich machen würden, wir in ihm unseren besten Freund verlieren würden. Wir dachten aber, Gott schütze uns vor unseren Freunden, mit unseren Feinden werden wir schon fertig werden. Geht's nicht so, so geht es anders, dach-

Haltung uns gegenüber. Baldwin schloß ein Finanzabkommen mit Amerika über die Schuldentilgung ab. Lloyd George schreibt aus Anlaß dieses Abkommens, daß die Engländer ein kalter Schauer überliefe bei dem Gedanken, daß sie 60 Jahre lang jährlich etwa 600 Millionen Goldmark zu zahlen hätten.

Allein 10 Prozent der Steuereinnahmen müssen zur Tilgung der Schulden an die Alliierten verwendet werden. Der Versuch der Annäherung an Amerika war nicht die einzige Folge der Politik Lloyd Georges. Es tauchte die Frage des weiteren Verhältnisses zu Frankreich auf. England hatte aufgehört, eine Insel — im militärischen Sinne gesprochen — zu sein. Es besteht jetzt aus lauter Achillesfersen, infolge der ungeheuren Uebermacht der französischen Luftstreitkräfte über die Englands. Diesen Nachteil suchte England auf andere Weise wieder gutzumachen. Auf der Pariser Konferenz machte England einen Vorschlag zur Reparationsfrage, der zwar nicht schlechter war als der französische, der aber die Frage der Garantien nicht erwähnte. Englands Plan war eine gigantische Provokation. Es wußte, daß es nicht imstande war, den französischen Imperialismus zu schlagen, und plante daher, darauf hinzuarbeiten, daß er sich an dem deutschen Widerstande das Genick breche. Während die englische Regierung in dem Ruhrkonflikt in London ihre Neutralität erklärte, ermunterte der britische Botschafter in Berlin Lord D'Abernon die deutsche Bourgeoisie zum Widerstande, wobei er das Versprechen abgab, daß England Deutschland im entscheidenden Moment unterstützen werde. England spekulierte darauf, daß, nachdem sich Poincaré an dem Widerstand der deutschen Bergarbeiter und der deutschen Bourgeoisie den Schädel eingerannt haben würde, der Eisen- und Kohlentrust zustande käme, wobei auch das englische Kapital eine ausschlaggebende Rolle spielen könnte. Dieser Plan wurde durch den Partner Lord D'Abernons, die deutsche Bourgeoisie selbst, zum Scheitern gebracht. Die Ereignisse an der Ruhr haben gezeigt, daß die Bourgeoisie nicht nur nicht imstande ist, den Kapitalismus von neuem wieder aufzubauen, sondern daß die geschlagene Bourgeoisie nicht einmal mehr imstande ist, ihre Sonderinteressen ihrem Klasseninteresse unterzuordnen. Durch die kolossalen Unterstützungen, die die Ruhrkapitalisten von dem deutschen Reiche erhalten haben, die von ihnen dazu verwendet wurden, ungeheure Spekulationen zu betreiben, ist der Dollar, der zu Beginn der Ruhrbesetzung auf 7000 Mk. stand, bis auf 99 000 Mk. hinaufgetrieben worden. Damit war der Widerstand gebrochen. Die Preise schnellten so in die Höhe, daß die Arbeiter ein Vielfaches ihrer früheren Löhne hätten bekommen müssen. Statt dessen verlangte die deutsche Regierung einen Abbau der Löhne, und als daraufhin die riesige Streikwelle über das Ruhrgebiet und ganz Deutschland einsetzte, da wandte sich der Deutsche Dr. Luther-beck an den französischen General Degoutte, er möge den Widerstand des deutschen Proletariats brechen helfen. Wenn auch Cuno vierzehn Tage nach dieser Episode erklärte, daß der deutsche Widerstand an der Ruhr ungebrochen dastehe, so lief das auf eine „restitutio in interregnum“ hinaus, was bekanntlich nie gelingt. Die deutsche Bourgeoisie war gewillt, auf dem Rücken des deutschen Proletariats zu kapitulieren. Die deutsche Schwerindustrie hatte den Vorschlag gemacht, jährlich 500 Millionen Goldmark an Reparationen zu leisten, aber sie beanspruchte dafür die Abschaffung der Achtstundentages, die Auslieferung der Eisenbahnen, die Aufhebung des Mieterschutzes und die Freigabe der Ausfuhr. Diese Punkte bedeuten nichts anderes, als, da die deutschen Arbeiter nicht imstande waren, die Sachwerte der Bourgeoisie zu erfassen —, daß die Bourgeoisie jetzt im buchstäblichen Sinne des Wortes darangeht, alle Sachwerte des Staates zu erfassen. Wohl ist der Sieg Poincarés an der Ruhr noch nicht formell besiegelt. Die deutsche Bourgeoisie, die die Hunde des Nationalismus gegen die Kommunisten losgelassen hat, wird die Geister, die sie rief, nicht mehr los. Sie hat zwar versucht die deutschen Kommunisten für den Zusammenbruch an der Ruhr verantwortlich zu machen, aber die deutsche Partei hat ihre Besonnenheit bewahrt und sich durch dieses Manöver nicht provozieren lassen.

Die Besetzung der Ruhr seitens Frankreichs war nicht nur gegen die deutsche Bourgeoisie gerichtet, sondern auch gegen die angelsächsische

wollen den Sieg über beide davongetragen. Deutschland wurde durch den Ruhrkampf in seiner Wirtschaft um viele Jahre zurückgeworfen. Das bedeutet für England, daß es einen seiner wichtigsten Abnehmer für lange Jahre hinaus verloren hat. Dieser Umstand bedingte, daß die Richtung Beaverbrook in England die Oberhand gewann. Diese Richtung sagte sich: die Verhältnisse in Mitteleuropa sind so zerrüttet, daß wir für längere Zeit nicht mit einer Absatzmöglichkeit in diesen Gebieten rechnen können. Nur unsere Kolonien können uns retten. Der Ausdruck dieser Richtung waren die Noten Curzons an Sowjetrußland. Es ist bezeichnend, daß an demselben Tage auch Deutschland eine Note überreicht wurde, in der die englische Regierung Deutschland aufforderte, die von den Franzosen geforderte Reparationssumme zu zahlen. Auf den ersten Blick scheint es Wahnsinn, sich sowohl Deutschland als auch Rußland zu Feinden zu machen. Aber in diesem Wahnsinn lag System. England wollte Deutschland an Frankreich ausliefern, um für diesen Preis Frankreich gegen Sowjetrußland aufzubringen. Und die Gründe für diesen Kampf gegen Sowjetrußland? Einerseits war es das Scheitern des Planes Lloyd Georges, andererseits die Entwicklung der Dinge in Rußland und im Orient. Lloyd George, dessen Hoffnungen auf eine Kapitulation Rußlands trotz des Bürgerkrieges und des Hungers zunichte wurden, sah sich auch in den Erwartungen, die er in die neue ökonomische Politik gesetzt hatte, enttäuscht. Statt einer Rückkehr zum Kapitalismus brachte die neue ökonomische Politik nur eine Stärkung des bestehenden Regimes. Rußland konnte Getreide ausführen, und es wird imstande sein, bei einer günstigen Ernte Getreide im Werte von 150 Millionen Goldrubel jährlich auszuführen. Das bringt eine Hebung der leichten und der Schwerindustrie mit sich, und als deren Folge die wirtschaftliche Konsolidierung. Auch die Entwicklung im Orient stärkt die Position der Sowjetregierung. Dadurch sieht England eine Bedrohung seiner Verbindungen mit den Kolonien, und deshalb rechnete Curzon damit, Sowjetrußland jetzt auf die Knie zu zwingen, bevor es zu stark geworden sei. Das Telegramm des italienischen Vertreters in Moskau hat ganz klar gezeigt, wie sich England die Ereignisse ausgemalt hatte. Alle westlichen Staaten sollten ihre Beziehungen zu Rußland aufgeben, Rußland sollte von den Valutaquellen abgeschlossen und einer neuerlichen Wirtschaftsblockade unterworfen werden. Gleichzeitig sollte die „passive Opposition“ der Randstaaten nach Rußland verlegt werden, das heißt die Petljura-Banden, die Sozialrevolutionäre und die georgischen Menschewisten sollten, mit englischem Golde ausgestattet, wieder den Bürgerkrieg in Rußland entfachen. Die englische Politik zielte auch auf einen Krieg Polens gegen Sowjetrußland hin. Ein anderes Moment war die Spekulation auf die Krankheit des Genossen Lenin. Aber England machte seine Rechnung ohne die 25jährige Geschichte unserer Partei. Ein amerikanischer Journalist, der aus London kam, und den ich fragte, warum Curzon den Krieg gegen Sowjetrußland wolle, erklärte mir: Curzon will abwägen, wie stark ihr seid — ohne Lenin!

Wir sind diesen Leuten nicht in die Falle gegangen. Die Regierung der Arbeiter und Bauern will keinen Krieg, und wenn er ihr aufgezwungen wird, so wird sie ihn dann führen, wenn der Bestand der Sowjetregierung mit einem Minimum an Opfern gesichert werden kann.

Bei allen seinen Spekulationen hat Curzon eine Seite übersehen: die russische Seite. Diesen Fehler machte er schon in Indien. Er war der unfreiwillige Begründer der nationalen Bewegung in Indien und mußte das Land als ein Mann mit einem gebrochenen politischen Rückgrat verlassen. In Rußland, wo die Arbeiterklasse die Macht hat, ist das nationale Bewußtsein ein Stück der Diktatur. Mirbach und General Hoffmann waren die Väter dieser nationalen Bewegung, als sie Rußland den Frieden von Brest-Litowsk aufzwangen, und die gegenwärtigen Noten Curzons spielen eine ähnliche Rolle. Wir werden dafür sorgen, diese Noten in populäres Russisch zu übertragen, das auch der letzte Bauer verstehen wird.

Curzon unterschätzt auch die Lage im Orient. Die Völker des Ostens wissen, daß der Vertreter Sowjetrußlands, der Genosse Worowski, im Kampfe um ihre Befreiung gefallen ist,

zurückgehalten haben, daß wir bleiben, was wir waren. Curzon wollte den Bruch mit Sowjetrußland, aber er konnte ihn nicht wagen, weil nicht nur der Widerstand der Arbeiterklasse und der liberalen Fraktionen zu groß war, sondern auch in den Reihen der Konservativen Partei ein beträchtlicher Widerstand gegen diesen Sprung ins Ungewisse bestand.

Ein Akt ist zu Ende. Aber wir stehen vor neuen Akten. Die Zerrüttung des Kapitalismus in Europa geht unaufhaltsam weiter. Die einzige Macht, die in dieser Situation weiß, was sie will, ist die erste Arbeiter- und Bauernmacht.

Rußland ist nicht der einzige Feind Englands. Sein zweiter Feind ist die aufstrebende mohammedanische Welt, die in der Türkei einen staatlichen Zentralisationspunkt hat. Darum suchte England die Türkei zu erdrosseln, indem es die Griechen gegen sie hetzte. Seine Spekulation schlug fehl, die Griechen wurden geschlagen. England griff darauf den Plan Lord Beaconsfields auf: Kampf gegen Rußland, Friede mit der Türkei. Die Türkei ist zu schwach, um die Gebiete, die ihr von England abgenommen worden sind, zurückzuerobern, und deshalb versuchte man, sich die Türkei zum Freunde zu machen, um sie eventuell dann gegen Sowjetrußland auszuspielen. Daher auch der plötzliche Frontwechsel auf der Konferenz in Lausanne. Diese Konferenz endete damit, daß Frankreich als Feind und Lord Curzon als „Freund" des Islams dastand. Aber auch hier macht Lord Curzon einen entscheidenden Fehler. In den letzten Jahren sind in der Türkei große soziale Differenzierungen entstanden. Sowjet-Rußland hat die revolutionäre Türkei unterstützt, nicht aus Vertrauen zu jedem Pascha, der sich einmal Volkskommissar nennt und ein Telegramm an Lenin schickt, sondern aus der Ueberzeugung, daß die Interessen der russischen Bauern mit denen der Bauern in der Türkei konform gehen. Das Resultat ist, daß die Volksmassen in der Türkei Rußland nicht als Feind betrachten, sondern als die einzige Macht, die ihnen in ihrer schweren Zeit geholfen hat.

Ich muß noch einige Worte über die Lage im fernen Osten sagen. Die Grundlage des Kräfteverhältnisses sollte das Washingtoner Abkommen sein. Rußland wurde nicht als Großmacht anerkannt und nicht eingeladen, weil es in Ostasien nicht interessiert sei. Seither sind wir in Wladiwostok einmarschiert. Das Washingtoner Abkommen ist mittlerweile erledigt. Es sah für die drei beteiligten Großmächte England, Amerika und Japan eine bestimmte Anzahl von Dreadnoughts vor. Japan verstand, daß dieses Abkommen seine Erdrosselung bedeutet, änderte, obwohl es sich unterwarf, seinen strategischen Plan und verlegte sich auf den Bau von schnellen Kreuzern und Unterseebooten. Das hatte Gegenmaßregeln Amerikas und Englands zur Folge. Amerika antwortete mit einem Bauplan von zahlreichen schnellen Kreuzern und Unterseebooten, während England, das seine Basis in Hongkong bedroht sah, einen großzügigen Flottenstützpunkt in Singapur baute. Diese Situation macht Japan in großem Maße abhängig von Sowjetrußland. Es braucht unbedingt Frieden und gute Beziehungen zu Sowjetrußland, um die Hände frei zu haben gegen Amerika.

Welche Schlüsse ergeben sich aus dieser Lage? Erstens: die berühmte „Reconstruction of Europe" hat einem „Trust for the destruction of Europe" Platz gemacht. Heute müssen wir uns auf große Erschütterungen in der ganzen Welt einstellen. Wenn heute ein Wiederaufbau stattfindet, so ist er nur regional, wie zum Beispiel in Amerika und England, wo der Kapitalismus einen gewissen vorübergehenden Aufschwung zu verzeichnen hat. Der alte Kontinent aber geht neuen Kämpfen entgegen. Die Zahl der Soldaten und das Budget für Heeresausgaben ist heute viel größer als vor dem Kriege, und deshalb ist auch die Kriegsgefahr größer als im Jahre 1914. Zweitens: die einzige proletarische Macht der Welt befindet sich heute in großer Gefahr, weil sie stärker dasteht als zuvor und die Hoffnungen der Konter-Revolution zunichte gemacht wurden. Lausanne und Curzons Noten sind Glockenzeichen, die die Gefahr signalisieren. Wir werden uns nicht niederwerfen lassen, aber von euch wird es abhängen, ob die neuen Angriffe auf Sowjetrußland der Ausgangspunkt eines Angriffes des Proletariats gegen den Kapitalismus werden können. Drittens: die deutsche Arbeiterklasse befindet sich in einer ungeheuren Gefahr, und mit ihr die deutsche Revolution. Die Not der deutschen Arbeiterschaft ist so groß, daß die Parole: „Genossen, laßt euch nicht provozieren", nicht mehr ausreicht, sie wird kämpfen müssen. Da Deutschland eine Ausbeutungskolonie Frankreichs ist und nun ein Gebiet, in dem die Revolution herrscht, nicht ausbeuten kann, wird das deutsche Proletariat nicht nur gegen den deutschen Faszismus, sondern auch gegen den französischen Imperialismus kämpfen müssen. Die Aufgabe unserer französischen Genossen ist es, unsere deutschen Genossen in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Viertens: die revolutionäre Bewegung im Orient befindet sich in Gefahr. Erst dieser Tage empfingen wir die Nachricht, daß in Teheran die nationale, halbdemokratische Regierung gestürzt worden ist und durch anglophile Elemente ersetzt wurde. Auch in der Türkei sind die Elemente, die eine Verständigung mit der Entente herbeiführen wollen, die erbittertsten Gegner der Kommunisten. Auf diese Dinge muß die Aufmerksamkeit unserer englischen Partei gerichtet werden.

Wir haben in diesen Monaten eine Tatsache erlebt, deren außerordentliche Tragweite vielen von uns noch nicht recht zum Bewußtsein gekommen ist. Vor der Besetzung der Ruhr und den Noten Curzons waren die Vertreter von vielen Millionen organisierten Arbeitern im Haag versammelt, und trotzdem diese Versammlung die Gefahren, die uns bevorstehen, gesehen hat, hat sie nicht einen Finger gerührt. Wir haben das Jahr 1914 zum zweitenmal erlebt. Wenn die Bourgeoisie entschlossen gewesen wäre, hätten wir einen neuen Krieg gehabt, ohne die Revolution. Wir wären zu schwach gewesen, ihn zu verhindern, und wir müssen fest den Schluß daraus ziehen, den weltpolitischen Fragen mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, und zwar nicht nur als Zuschauer, sondern als proletarische Kämpfer."

Die beiden folgenden Sitzungen waren der Diskussion zum Referat des Genossen Radek über die Weltlage und dem Schlußwort Radeks gewidmet.

Eine eigentliche Diskussion konnte im Anschluß an das Referat nicht entstehen, denn es handelte sich hierbei viel weniger um strittige Probleme und Fragen der Auffassung, als um die Aufdeckung von Zusammenhängen und Aufstellung von Tatsachen. Die einzelnen Diskussionsredner lieferten daher nur Ergänzungen zum Referat in einigen speziellen Fragen.

Konferenz der russischen Jugend

Auf der am 26. d. Mts. eröffneten **allrussischen Konferenz der russischen kommunistischen Jugend** hielt das Referat über die Lage der kommunistischen Jugend-Internationale Petrowski, der gegenüber dem Bankrott der reformistischen Internationale das schnelle **Wachstum der kommunistischen Jugendbewegung**, besonders in Mitteleuropa, betonte. Eine große Rede hielt Schatzkin, der Sekretär der Kommunistischen Jugend-Internationale, der auf die **Notwendigkeit eines engeren Zusammenarbeitens** der Jugend der Sowjetrepubliken mit der Jugend des Auslands hinwies. Die Konferenz nahm eine Resolution im Sinne seiner Ausführungen an.

Die Bergarbeiter und das Reichsknappschaftsgesetz

Bei den verschiedensten Kämpfen der Bergarbeiter spielte die Knappschaftsfrage keine unerhebliche Rolle. Mit vollem Recht verlangten die Bergarbeiter neben einem auskömmlichen Lohn für die Gegenwart auch eine **Sicherstellung für Alter und Invalidität** sowie eine anständige Versorgung ihrer Witwen und Waisen. Bei allen Streiks, die im Bergbau geführt wurden, standen die Forderungen auf knappschaftlichem Gebiet an erster Stelle als Kampflosungen der Bergarbeiterschaft. Und je nach dem Kräfteverhältnis der kämpfenden Gruppen wurden dann den Bergarbeitern Versprechungen gemacht, die nachher meistens nicht gehalten wurden. Auf den Generalversammlungen der einzelnen Knappschaftsvereine spielten sich oft nachher heiße Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Grubenherren und denen der Bergarbeiterschaft ab, über das, was in den Satzungen festgelegt werden sollte. Die Organisationen der Bergarbeiter griffen aktiv in diese Kämpfe und Auseinandersetzungen ein und die einen wetteiferten mit den anderen, um möglichst Erfolge, wenn sie erzielt wurden, an ihre Fahnen zu heften. Sehr oft wurden die Bergarbeiter in öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen mobil gemacht, wenn es galt, den Grubenherren zu zeigen, daß die Bergarbeiter bereit sind, zum Aeußersten zu greifen, um ihre Knappschaftsrechte zu verteidigen oder noch zu erweitern.

Nach dem Kriege und besonders nach der Bildung der Arbeitsgemeinschaft versuchten die arbeitsgemeinschaftlichen Organisationen immer mehr, auch die Frage des Knappschaftswesens von der Oeffentlichkeit auszuschalten und sie ebenso zu einer Frage des grünen Tisches zu machen. Die schönen Worte, die einst auch die Führer des Bergarbeiterverbandes gebrauchten, daß auch die Knappschaftsfrage eine Machtfrage zwischen Kapital und Arbeit ist, sind auch von diesen vergessen worden. Jetzt, wo man sich verpflichtet hat, mitzuarbeiten an dem Wiederaufbau der durch den Krieg zerrütteten kapitalistischen Wirtschaft, dürfen Machtfragen nicht mehr ausgefochten werden, und so darf auch die Knappschaftsfrage keine Machtfrage für diese Leute mehr sein.

Jedoch ein guter Spekulant kann vor, um sicher zum Ziele zu kommen, und die Grubenkapitalisten und die arbeitsgemeinschaftlichen Organisationsführer sind keine schlechten, sondern in dieser Beziehung verstehen sie ihr Geschäft ausgezeichnet. Sie wissen, daß man die Knappschaftsfrage nicht so einfach unter den Tisch fallen lassen kann, denn wenn man das tut, dann läuft man Gefahr, daß sie **von den Bergarbeitern selbst aufgegriffen** wird und dann auch gegen den Willen der arbeitsgemeinschaftlichen Führer zur Machtfrage gemacht werden kann.

Darum mußte ein Mittel gewählt werden, den Bergarbeitern vorzutäuschen, alle ihre Wünsche von früher würden erfüllt und sie könnten nun befriedigt sich schlafen legen. Dieses Mittel ist das in der vorigen Woche im Reichstag verabschiedete **Reichsknappschaftsgesetz**. Die sozialdemokratische Fraktion hat dieses Gesetz als einen großen Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialversicherung der Bergarbeiter bezeichnet. Und der sozialdemokratische Redner Jansch hat in allen Tonarten das Gesetz gepriesen und sich bemüht, die Vorzüge des Gesetzes gegenüber dem jetzigen Zustand aufzuzeigen. Leider kann man sich größte Mühe geben, um die Vorzüge zu finden, und man findet sie doch nicht. Findet man aber welche, so sind sie so winzig, und werden durch andere Nachteile, die das Gesetz hat, bei weitem übertroffen.

Gewiß ist es zu begrüßen, daß ein einheitliches Gesetz für das gesamte Reichsgebiet geschaffen wurde, das der Anarchie auf dem Gebiete der Knappschaftsversicherung ein Ende bereitet. Der jetzige Zustand, daß letzten Endes jeder Pütt einen eigenen Knappschaftsverein aufmachen konnte, der wohl dem Kumpel Beiträge vom Lohn abzog, aber nachher keine Leistungen dafür gab, und der auch die Freizügigkeit der Bergarbeiter sehr beschränkte, mußte beseitigt werden. Dies ist aber auch die einzige Perle dieses Gesetzes, und auch dieser wird der Glanz durch den Bürokratismus geraubt, der jeden Einfluß der Arbeiter in den Verwaltungsorganen des Reichsknappschaftsvereins sowie seiner Bezirksvereine vollkommen beseitigt.

Die Hauptfragen, auf die es den Bergarbeitern bei ihren Kämpfen um die Knappschaftsrechte ankam, sind durch das Gesetz nicht im geringsten zur Zufriedenheit der Bergarbeiter geregelt. Die Regelung der wichtigsten Punkte bei den **Krankenkassen, der Pensionskasse sowie der Invalidenversicherung** sind den einzelnen Bezirksknappschaftsvereinen oder den Reichsknappschaftsvereinen überlassen. Da diese aber in ihren Generalversammlungen und Vorständen nach demselben Prinzip wie bisher sich zusammensetzen, wird es dort zu denselben Auseinandersetzungen kommen wie bisher, und die Arbeiter, die heute in der kapitalistischen Gesellschaft die wirtschaftlich schwächeren sind, werden auch in den neuen Bezirksknappschaftsvereinen dieselben rücksichtslosen Kapitalisten vor sich haben, die rücksichtslos ihre Anträge ablehnen werden. Aber nicht nur das, sondern auch durch die Einführung der Verhältniswahl wird es den Grubenherren sogar sehr gut möglich sein, auf der Generalversammlung oder im Vorstand eine sichere Mehrheit für sich zu gewinnen.

Jeder Bergarbeiter weiß es, wie gerade auf dem Gebiete des Knappschaftswesens die Gelben auf den Generalversammlungen und in den Vorständen des Bochumer Knappschaftsvereins als gerrene Stützen von den Grubenherren gemißbraucht wurden. Mit der Zeit sind die Gelben verdrängt worden. Es hat sich eine einheitliche Arbeitervertretung auch im Vorstand des Bochumer Knappschaftsvereins durchgesetzt. Das Verhältniswahlsystem wird dieser Zusammensetzung ein Ende bereiten. Es macht es den Zechenherren wieder möglich, gelbe Aktelte bis in den Vorstand des Bezirks oder Reichsknappschaftsvereines durchzusetzen, und dadurch für sich von vornherein eine Mehrheit zu sichern. Das Verhältniswahlsystem ist hier also durchaus nicht zum Vorteil der Arbeiterschaft, sondern hier ist es gerade zu eine Konzession an die Kapitalisten geworden. Es wäre nur dann angebracht, wenn die Organe der Knappschaft Selbstverwaltungsorgane der Arbeiterschaft wären, dann könnte durch ein Verhältniswahlsystem den verschiedenen Strömungen der Arbeiterschaft Rechnung getragen werden.

Dieses ist aber nicht der Fall, sondern die Generalversammlungen sowie die Vorstände setzen sich von vornherein zur Hälfte aus Arbeitervertretern und zur Hälfte aus Grubenherren zusammen. Die Verhältniswahl ist hier ein Nachteil für die Arbeiterschaft.

Die wichtigsten Punkte aber sind das Selbstverwaltungsrecht, die Aufbringung der Lasten, die Festsetzung der Krankengelder bei den Krankenkassen und die Festsetzung der Invalidenpension und Witwenrenten. Diese Punkte sind im Gesetz nicht im geringsten zum Vorteil der Arbeiter geregelt worden, sondern belassen alles beim alten, zum Teil bringen sie noch Verschlechterungen. In weiteren Artikeln werden wir dies noch behandeln.

Die Reformisten in der Sackgasse

Die Verhandlungen über die „Inderlöhne" stocken. Die Regierung und die Unternehmer befürchten eine Beschleunigung der Inflation.

Das heißt: die Unternehmer und ihre Regierung sind, wie wir im Voraus wußten, entschlossen, auch bei dem System der Inderlöhne auf die Abwälzung aller Lasten auf die Arbeitenden nicht zu verzichten. Wenn nötig, wird eben das System der Inflationssteuer noch rasender angetrieben. Zu dieser Steuer sagt die „Frankfurter Zeitung":

„Der Staat, der seine Beamten bezahlen will (und von allen übrigen Staatsausgaben gilt natürlich das gleiche), muß dafür aus der Privatwirtschaft Mittel abschöpfen, indem er die Kaufkraft der Privatwirtschaft um den Betrag vermindert, den er zur Erhaltung seiner Beamten braucht. Den normalen Weg der Kaufkraftentziehung, nämlich den Weg der Steuern und der Anleihen, geht er bisher in gänzlich unzulänglichem Maße. Statt dessen läßt er auf dem Wege über die Reichsbank Noten drucken; er fördert damit die Entwertung der Noten, und die erlittenen Verluste entziehen nun doch der Privatwirtschaft die Kaufkraft, die der Staat zur Bestreitung seiner Ausgaben braucht, und die er auf dem legalen Weg der Steuern und Anleihen nicht beschafft. So ist, wie es nicht anders sein kann, auch die Notenpresse eine Form der Besteuerung. Sie ist die härteste und ungerechteste von allen. Und sie ist doppelt verwerflich dadurch, daß nicht der Staat allein sie erhebt, sondern daß gleichzeitig ein Teil der Privatwirtschaft imstande ist, sie zugunsten seiner eigenen Kasse dem andern Teil der Privatwirtschaft aufzuerlegen: die Papiermarkschuldner, die zur eigenen Bereicherung ihre Papiermarkgläubiger auf diesem Wege enteignen. Eine entschlossene Finanzwirtschaft müßte das Aeußerste anwenden, um mit dieser schmählichen Wirtschaft zu brechen. Aber der **einzige Weg dazu ist die Zuführung vermehrter realer Einnahmen in die Kassen des Staates.**"

Die Besitzenden denken aber nicht daran, zu den Staatslasten beizutragen, ihre Regierung ist unfähig, von ihnen nennenswerte Beiträge zu erheben.

Die Arbeiterschaft hat den entscheidenden Punkt erkannt und fordert darum, wie aus allen Kundgebungen hervorgeht, die Arbeiterregierung, die die Sachwerterfassung und Produktionskontrolle durchführen soll.

Die Reformisten glauben, auch ohne den Kampf um die Arbeiterregierung auskommen. Sie tun so, als ob der Reallohn darum so herabgedrückt wurde, weil wir „unglücklicherweise" eine sinkende Papiermark haben und noch nicht lernten, „wertbeständig" zu rechnen. Die Besitzenden nehmen sich das Privileg heraus, mit Goldmaßstab zu rechnen. Die Arbeiter müssen ebenfalls wertbeständige Löhne fordern und das Privileg der Besitzenden ist aufgehoben. Auch die Inflation wird mit den wertbeständigen Löhnen aufhören. Vergnügt sagt der „Vorwärts":

„Was gegenwärtig gemacht wird, ist gerade das, was man mit komisch wirkenden Kassandrarufen voraussagt: nämlich eine geradezu wahnsinnige Inflationswirtschaft. Im Augenblick aber, wo die Spekulation auf die Entwertung der Löhne durch die Markentwertung aufhört, weil der Unternehmer verpflichtet ist, den ausbedungenen Lohn auch wirklich zu zahlen, hört auch das Interesse an der Hinauftreibung der Preise auf. Der Unternehmer wird wieder darauf bedacht sein müssen, billiger zu produzieren, um seine Konkurrenten zu schlagen."

Jeder Arbeiter, der dieses gemachte optimistisch-naive Gerede des „Vorwärts" liest, wird nun fragen: Wer trägt die Lasten der Staatsausgaben und Reparationen, wenn die bürgerliche Regierung kein Papiergeld mehr druckt? Werden die Besitzenden Steuern zahlen oder werden alle Lasten auch ohne die Inflationssteuer aus den Arbeitenden herausgepreßt werden?

Keine Ausbeuterklasse hat je freiwillig Lasten übernommen. Die Cuno-Regierung ist unfähig und garnicht willens, die Besitzenden heranzuziehen. Die Reformisten wollen aber keinen Kampf um die Arbeiterregierung.

Bleibt folgerichtig also nur die Annahme, daß die Reformisten glauben, die Geldentwertung dadurch eindämmen zu können, daß sie den Weg beschreiten, den Arbeitenden auf direktem Wege alle Lohnlasten aufzupacken. Zu diesem Zwecke bieten sie sich der Bourgeoisie als Koalitionsgenossen an.

Ob den Reformisten diese geplante deutsche Gesundungskrise gelingen könnte oder ob sie unmöglich ist, die Arbeiterschaft kann sich nicht auf dieses Experiment einlassen. Die Gefahr ist groß. Der Inder-Lohn soll die erste Stufe nach weiter abwärts werden. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" weist bereits auf das Loch in der Rechnung der Reformisten hin und fordert den 10-Stunden-Tag „zur Vermehrung der Gütermenge".

Doch die Arbeiterschaft erkennt, was ihr droht. Sie sammelt sich zur Einheitsfront unter der Losung: **Friedensarbeitslohn und Arbeiterregierung!**